

Dritte Regionalkonferenz der Region Ost

- Netzwerkarbeit -

**Für E&C-Akteure und Interessierte der
Bundesländer Berlin, Brandenburg,
Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen,
Sachsen-Anhalt und Thüringen**

Dokumentation zur Veranstaltung
vom 20. Juni 2002 in Halle

im Auftrag des:

Impressum

Herausgeber:
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin
„Walter May“
Narzarethkirchstraße 51
13347 Berlin
Telefon 030.45 7986-0
Telefax 030.45 7986-50
Internet www.eundc.de
eMail regiestelle@eundc.de

Ansprechpartner für die E&C Standorte Ost:
Rainer Schwarz
Andreas Hemme

Ansprechpartner für die Regional-
konferenzen Ost:
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
Landesbüro Thüringen / Sachsen-Anhalt
Thomas-Mann-Straße 13a
07743 Jena
Telefon 03641.42 18-47
Telefax 03641.42 18-49
eMail ISS.Jena@t-online.de

Inhalt:

- 4 **Vorbemerkung**
- 5 Nadine Förster
Netzwerkarbeit als Lichtblick oder Selbstzweck?
- 10 Hubertus Klaus, Dorothee Fischer
Soziale Arbeit und kommunale Vernetzung: Die Beispiele Bautzen und Halle-Neustadt
- 14 Prof. Titus Simon
Kommunale Netzwerke – Als Voraussetzung zur Förderung der Entwicklungschancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten
- 22 Petra Scheplitz, Workshop 1
Aufbau von Netzwerken in Leipzig
- 26 Agnes Lemme, Workshop 2
Das FSTJ-Netzwerk in Potsdam
- 30 Maik Rabe / Anke Schlüter, Workshop 3
Das FSTJ als Netzwerkprojekt in Neubrandenburg
- 33 **Resümee**
- 34 **Tagungsprogramm**
- 35 **Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer**

Vorbemerkung

Die dritte Regionalkonferenz-Ost stand unter dem Thema „Netzwerkarbeit“ und fand im Juni 2002 in Halle statt. Zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch reisten etwa 70 Akteure an. Die Beiträge der Referenten wurden in der Dokumentation in der Reihenfolge des Veranstaltungsverlaufs zusammengestellt:

- Unter dem Titel „Netzwerkarbeit als Lichtblick oder Selbstzweck“ gibt Nadine Förster (ism e.V. Mainz) am Beispiel der Jugendberufshilfe eine Einführung über die Rahmenbedingungen, Möglichkeiten und Grenzen von Netzwerkarbeit. Es werden verschiedene Formen der Netzwerkarbeit beleuchtet und abschließend idealtypische Handlungsschritte zum Aufbau und zur Zusammensetzung von Netzwerken im Kontext sozialer Arbeit benannt.
- Am Beispiel des Wohngebietes Gesundbrunnen in Bautzen skizziert Hubertus Klaus (Amt für Bildung und Soziales, Stadt Bautzen) die vernetzte Arbeit von Akteuren, die sich im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ engagieren.
- Dorothee Fischer (Villa Jüling, Halle) stellt ein Projekt der Schulsozialarbeit in Halle-Neustadt vor. Über die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe werden die Chancen und Risiken von Kooperationen näher beleuchtet.
- In dem Beitrag von Prof. Titus Simon (Fachhochschule Magdeburg) werden die Aufgaben kommunaler Netzwerke als Voraussetzung für die Förderung von Entwicklungschancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten beschrieben, die unterschiedlichen Facetten des Netzwerkbegriffs benannt und die Ebenen und Reichweiten von Netzwerkarbeit in der Jugendhilfe aufgezeigt. Den Zugang zu vernetzter Arbeit mit sozial benachteiligten Jugendlichen stellt Simon über vier Arbeitsfelder her: die Schulsozialarbeit, die Arbeit mit Schulverweigerern, die Weiterentwicklung von Hilfen zur Erziehung und die soziale Arbeit im Stadtteil.

Die Workshops am Nachmittag boten zum einen die Gelegenheit, E&C-Praxisbeispiele unter dem Gesichtspunkt der Vernetzung näher kennen zu lernen. Zum anderen waren die Workshops als Länderforen angelegt, um für die TeilnehmerInnen eine Kommunikationsplattform mit den LändervertreterInnen aus dem städtebaulichen und dem sozialen Bereich herzustellen.

Im Rahmen der Workshops wurden drei E&C-Praxisbeispiele vorgestellt. Ausgewählt

wurden Projekte des „Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres“ (FSTJ) an den Standorten

- Leipzig,
- Potsdam und
- Neubrandenburg.

Das FSTJ ist ein bundesweites Modellprojekt der Jugendberufshilfe und ein Programmbaustein im Rahmen von E&C. Neben dem Training für die Arbeitswelt und dem Erwerb von sozialen und beruflichen Schlüsselqualifikationen geht es um die Qualifizierung von benachteiligten jungen Menschen ohne Berufsabschluss. Die FSTJ-Qualifizierungsbüros sind in „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ tätig, die im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ gefördert werden. Eine stadtteilbezogene Aufgabe der Qualifizierungsbüros besteht darin, die Zusammenarbeit mit dem lokalen Quartiermanagement oder dem Stadtteilbüro aufzubauen. Diese Zusammenarbeit soll die Integration der Akteure im Stadtteil und ihre Beteiligung an Stadtteilaktivitäten fördern.

Die vorgestellten FSTJ-Vorhaben sind in ihrer Umsetzung und Entwicklung unterschiedliche Wege gegangen. Es wird aufgezeigt, welche Auswirkungen die Rahmenbedingungen vor Ort auf die Vernetzung der Projektbeteiligten und auf den bisherigen Verlauf des Projektes hatten.

Netzwerkarbeit als Lichtblick oder Selbstzweck?

Über die Rahmenbedingungen, Möglichkeiten und Grenzen von Netzwerkarbeit am Beispiel der Jugendberufshilfe

Netzwerk als Begriff

Die Begriffe Netzwerk, Kooperation und Koordination kursieren seit längerem in der sozialpolitischen Landschaft, werden allzuoft als Heilmittel für notwendige Umstrukturierungen diskutiert und inzwischen nicht nur von politischer Seite inflationär eingefordert. Dabei bestimmt eine zumindest informelle, natürliche Kooperation und Koordination über administrative Grenzen und Trägerbindungen hinweg bereits den Arbeitsalltag der allermeisten. Mit dem Terminus des Netzwerkes wird hingegen auf eine **stärker institutionalisierte, strategisch angeleitete Zusammenarbeit verschiedener Partner** abgehoben, so definieren *Bennewitz/Sänger (2001, S. 78)*:

„Ein **Netzwerk** umfasst das Zusammenwirken der unterschiedlichsten, exekutiven, legislativen und gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen bei der Entstehung und Durchführung einer bestimmten Politik.“

Netzwerkarbeit im Kontext sozialer Arbeit

Indessen ist Netzwerkarbeit gerade im Kontext Sozialer Arbeit kein Novum. Bereits Anfang der 80er Jahre bildeten sich für den Bereich der Jugendberufshilfe **Verbundsysteme zwischen Jugendämtern und freien Trägern**, die in hoch politisierter Form von der Fachwelt unterstützt wurden; mit der Spezialisierung zielgruppenspezifischer Maßnahmen in der Arbeitsverwaltung wurde die Jugendhilfe in der Fortsetzung jedoch auf ihren originär pädagogischen Auftrag zurückgeworfen.

Bleiben wir für diese Ausführungen exemplarisch beim **Kontext der Jugendberufshilfe**:

- Wie ist die Schnittstelle zwischen sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch verantwortlichen Instanzen auf kommunaler Ebene auszumachen und als Netzwerk abzubilden?
- Welche Chancen und Problematiken zeigen sich?

Zunächst eine Skizze der Ausgangssituation: Benachteiligte Jugendliche, die den Übergang in Ausbildung und Beruf nicht eigenständig bewältigen, sind in aller Regel auf die Betreuung von Jugendamt, Arbeitsamt und Sozialamt angewiesen. Diese Institutionen sind die entscheidenden gesetzlichen Verantwortlichen für die jungen Menschen ohne Arbeit sowie die Auftrag- und Geldgeber der Maßnahmen für die Jugendlichen. Der

Strukturelle Problemfaktoren: Versäulung der gegenwärtigen Förderpraxis

Jugendamt	Arbeitsamt	Sozialamt
<p>§ 13 SGB VIII</p> <p>Junge Menschen bis zu 27 Jahre mit sozialen Benachteiligungen oder individuellen Beeinträchtigungen</p> <p>(1) allgemeine sozialpädagogische Hilfen, mit dem Ziel der Eingliederung in die Arbeitswelt und der sozialen Integration und</p> <p>(2) sozialpädagogisch orientierte Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote, soweit die Ausbildung nicht durch andere Träger sichergestellt ist</p> <p>Schwerpunkte: Berufsvorbereitung, Berufsausbildung, Beschäftigung und Qualifizierung, vor allem sozialpädagogische Begleitung und Beratung</p>	<p>§§ 235, 240-248 SGB III</p> <p>Lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche (bis zum Alter von 25 Jahren), die bei der Integration in Ausbildung und Arbeit auf Hilfen angewiesen sind, sowie behinderte Jugendliche</p> <p>(1) Berufsvorbereitungsangebote, (2) ausbildungsbegleitende Hilfen, (3) außerbetriebliche Ausbildung, (4) außerbetriebliche Ausbildung in Berufsbildungswerken</p> <p>Schwerpunkt: Eingliederung in die Erwerbs- und Arbeitswelt</p>	<p>§§ 18ff BSHG</p> <p>Junge SozialhilfeempfängerInnen</p> <p>(1) Ausbildung statt Sozialhilfe (2) Arbeit statt Sozialhilfe</p> <p>Schwerpunkte: Berufsvorbereitung, Berufsausbildung, Begleitung & Beratung sowie Arbeitsangebote. Schwerpunkt: Eingliederung in die Erwerbs- und Arbeitswelt</p>

Blick auf ihre gesetzlichen Verpflichtungen macht offenkundig, wie vage, gleichlautend und divers auslegbar die Arbeitsschwerpunkte der Institutionen sind: Nicht nur so bleibt die Kenntnis über die Aktivitäten der je anderen diffus, da die Maßnahmen jeder Institution autonom geplant und eingesetzt werden, sondern der **Versäulung der Arbeitsstrukturen in der Jugendberufshilfe** wird insgesamt Vorschub geleistet, in ihren bisherigen Finanzierungsmodalitäten zu verharren. Die Perspektive auf den lokalen Ausbildungsmarkt und seine Bedarfe bleibt weitgehend ausgeblendet.

Kooperierende institutionenübergreifende Zusammenarbeit

Welche Vorteile treten zu tage, wenn die vorherrschende Versäulung überwunden wird? Dies kann durch den Vergleich eines institutionenorientierten mit einem kooperationsorientierten Konzept veranschaulicht werden (Bennewitz 2000, S. 8ff; siehe nachfolgende Grafik).

tun, wird ein erstes Fundament für eine kooperierende institutionenübergreifende Zusammenarbeit gelegt. Dabei wird die eigene institutionelle Handlungsautonomie zumindest teilweise zurückgestellt: Mit diesem **Aufbrechen starrer sektoraler Grenzen** auf dem lokalen Ausbildungsmarkt wird **einer flexiblen interdisziplinären Arbeitskultur** der Weg geebnet. Die isolierte Planung von Maßnahmen, die noch immer für viele Arbeitsämter und Kommunen typisch ist, kann durch **gegenseitige Information und Planungsabstimmung** überwunden werden – erst so wird eine ganzheitliche Förderung des Jugendlichen realisierbar.

Statt umfangreicher Informationsbemühungen über die Anstrengungen Dritter und letztlich doch eher Mutmaßungen darüber, welche Felder diese besetzen werden, wird die eigene Arbeit in die gemeinsame Konzeptentwicklung investiert. Jeder Akteur kann so seine individuellen Kompetenzen und Ressourcen einbringen, komplementär mit den anderen Beteiligten abstimmen und passgenau im Sinne des Jugendlichen anbieten. Die weit

Institutionenorientiertes und Kooperationsorientiertes Konzept im Vergleich



© Heiko Bennewitz 2000

Im Gegensatz zu konkurrenten Arbeitsstrategien ist Netzwerkarbeit notwendig auf gegenseitiges Vertrauen angewiesen, das die Arbeitsatmosphäre elementar prägt. Durch eine Verständigung über die Schnittstellen und Querschnittsziele, die sich in den jeweiligen Arbeitsbereichen der beteiligten Akteure auf-

verbreitete Praxis, dass Konzepte individuell angestoßen werden, ohne bereits bestehende, möglicherweise anschlussfähige Projekte zu berücksichtigen, kann durch gemeinsam entwickelte Förderketten abgelöst werden: Nur auf diesem Weg ist letztlich den allseits be-

klagen Maßnahmenkarrieren von Jugendlichen entgegenzuwirken.

Durch Kooperation wird es den Akteuren möglich, Aufgaben anzugehen, bei denen ein-

lokaler Netzwerke im Bereich der lokalen Ausbildungspolitik stehen, soll im folgenden dargestellt werden (vgl. Bennewitz/Sänger 2001).

Dabei werden drei Faktorentypen differen-

Problemlagen beim Aufbau von Kooperationen im Bereich der lokalen Ausbildungspolitik



© Ralf Sänger / Heiko Bennewitz 2001

zelle Ressorts rasch an ihre Grenzen stoßen würden:

Die **Schwächen des lokalen Ausbildungsmarktes** können mit Hilfe der Bündelung der vorhandenen Ressourcen aller gemeinsam analysiert und die Verantwortung nicht mehr abgegeben werden. Nicht zuletzt bietet die **Bündelung von Fördermitteln**, die eine Risikoverteilung möglich macht, die Chance, auch mit **experimentellen Projekten neue Felder** zu erschließen.

Initiierung lokaler Netzwerke

Bis zur tatsächlichen Realisierung dieser positiven Folgen durch Kooperationen sind erhebliche Hürden in den Kommunen zu nehmen. Gerade weil die Begriffe Kooperation und Netzwerk – wie diffus sie auch anmuten – zum täglichen Vokabular in Behörden und Institutionen gehören, tun sich im Feld beharrliche Widerstände auf. In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Gremien und Arbeitskreise mit auf den ersten Blick ähnlichen Absichten einberufen worden. Vor welchen Schwierigkeiten die Initiierung und Umsetzung

ziert:

- 11 Subjektive Faktoren, die sich aus der individuellen Persönlichkeit des einzelnen ergeben;
- 21 Subjektive Faktoren, die auf die Funktion innerhalb der Organisation rekurrieren, in die eine Person involviert ist;
- 31 Strukturelle Faktoren der Organisation selbst.

Die Einordnung der Faktoren ist dabei mit Blick auf die Übersichtlichkeit und Analytik idealtypisch erfolgt, vor allem die Faktoren Eins und Zwei mögen sich real überlappen.

Die **Initiierung von Netzwerken** bedarf unabdingbar eines beherzten Engagements mindestens einer der Beteiligten. Eine fehlende oder nur **ingeschränkte Initiative** ist einer der maßgeblichen **Gründe für ein Ausbleiben von Netzwerkarbeit**, der eng mit den übrigen aufgeführten Aspekten verbunden ist. Diese können den Ansporn für ein kooperatives Vorgehen bereits im Keim ersticken:

- Fehlende Phantasie über die Perspektiven, den Sinn und die Funktion, die Kooperationen zu eröffnen in der Lage sind;

- Persönliche Unsicherheiten über mögliche Veränderungen für die eigenen Arbeitsabläufe;
- Die Befürchtung, die eigene Handlungsautonomie einzubüßen.

Die Atmosphäre zwischen den Akteuren ist oftmals durch Misstrauen und Vorurteile geprägt, die auch aus der Unkenntnis der inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte der anderen resultieren. Hier bedarf es der persönlichen Überwindung dieser Klischees, um offen und bereit den anderen Akteuren gegenüberzutreten. Nicht zuletzt sind viele Beschäftigte aufgrund des engen Personalschlüssels derart ausgelastet, dass es schwer vorstellbar scheint, weitere Verpflichtungen einzugehen.

Häufig steht zunächst die individuelle Erfolgsorientierung der Akteure oder die für die eigene Organisation im Zentrum des Vorgehens der Initiatoren: Das Zusammenspiel aller Beteiligten im Feld, das erst die Integration benachteiligter Jugendlicher durch komplementäre Abstimmung vorantreiben könnte, bleibt außen vor. Die Beteiligten haben aufgrund verschiedener beruflicher Sozialisationen nicht nur differente Problemwahrnehmungen, sondern stehen daneben unter kommunalpolitischem Druck, Erfolge möglichst zeitnah vorzuweisen. Aus unterschiedlichen Zielvorstellungen können gegenseitige Schuldzuweisungen, Kompetenzstreitigkeiten und Konkurrenzdenken resultieren und so determinieren zuvorderst Ressortegoismen den Arbeitsalltag. Mit dem Verweis auf die gesetzlich festgelegte Nachrangigkeit greifen Unzuständigkeitsklärungen Raum und stehen einer Zusammenarbeit entgegen.

Barrieren für Kooperationen

Auf struktureller Ebene ist lokal eine Kultur des Nebeneinanders unterschiedlich agierender Behörden gewachsen, die je eigene Zuständigkeitsbereiche behaupten bzw. sich von anderen entschieden abgrenzen. **Fehlende finanzielle Ressourcen** und **zeitliche Kapazitäten** werden ebenso als Barrieren für Kooperationen angeführt wie der Rückgriff auf den Datenschutz. Weitere Probleme resultieren aus der **Regelungsdichte** und **Restriktivität der Maßnahmenbewilligung** des SGB III, die oftmals nicht dem Bedarf des lokalen Ausbildungsmarktes angepasst werden kann und insgesamt eine massive Planungsunsicherheit nach sich zieht. Wiederum resultieren aus den unterschiedlichen Professionen der Mitarbeiter in Jugendamt, Sozialamt oder Arbeitsamt spezifische Perspektiven auf die zu leistende Arbeit, die häufig erst durch den gezielten Einsatz von Moderatoren komplementär

zusammengeführt werden können. Jedes kooperative Vorhaben hat es umso schwerer und erscheint zuweilen aussichtslos, wenn nicht kommunale (politische) Spitzen als Befürworter gewonnen werden können.

Idealtypische Handlungsschritte zum Aufbau von Netzwerken

Abschließend sollen idealtypische Handlungsschritte zum Aufbau und zur Konsolidierung von Netzwerken vorgestellt werden, die die konstitutiven Prämissen für eine erfolgreiche Kooperation beschreiben. Der idealtypische Verlauf wird dabei vor dem Hintergrund praktischer Erfahrungen mit der Bildung von Netzwerkstrukturen des *ism e.V.* nachgezeichnet.

Über den gesamten Prozess der Netzwerkbildung und Konsolidierung hinweg sollte auf ein **schrittweises Vorgehen** geachtet werden, wobei das Niveau der Zusammenarbeit vor allem im Anfangsstadium nicht zu hoch angesetzt werden sollte. Es ist bedeutsam, **Erfolgslebnisse zu ermöglichen** und nicht durch Frustrationen erste Pflänzchen der gemeinsamen Kooperation zu ersticken:

- Die **politischen Spitzen der kommunalen Gebietskörperschaften** spielen zu Beginn eine maßgebliche Rolle: Sie können für die lokale Ausbildungsmarktpolitik eine Öffentlichkeit gewinnen und wichtige politische Entscheidungsprozesse – verbunden mit Umstrukturierungen in den Verwaltungen – vorantreiben.
- Die **Öffentlichkeitswirksamkeit** stellt während des gesamten Prozesses einen wichtigen Faktor dar. Schließlich sollte von Beginn an nicht verschleiert werden, dass die Initiierung von Netzwerken die intensive aktive Mitwirkung aller Beteiligten und ihrer Ressourcen erfordert.
- Die bereits **bestehenden Gremien** sind unbedingt zu berücksichtigen, wobei nicht ein möglichst breit gefächertes Spektrum an Vertretern das Ziel sein sollte: Eine Schlüsselperson von öffentlichem Einfluss sollte das Interesse und die Mitarbeit eines Entscheidungsträgers zunächst aus dem Arbeitsamt, dem Jugendamt, dem Sozialamt sowie Kommunalpolitiker (z.B. Sozialdezernenten, Fraktionsvorsitzende der Parteien) gewinnen.
- Die **Anzahl der TeilnehmerInnen** sowie die gemeinsam gesteckten **Ziele sollten überschaubar** bleiben, um der Gefahr lähmender Entscheidungsprozesse zu entgegen. Die **Schlüsselperson als Initiator** sollte dabei – unabhängig von den gesetzlichen Forderungen – für Kooperation und ihre Entwicklungsperspektiven zu

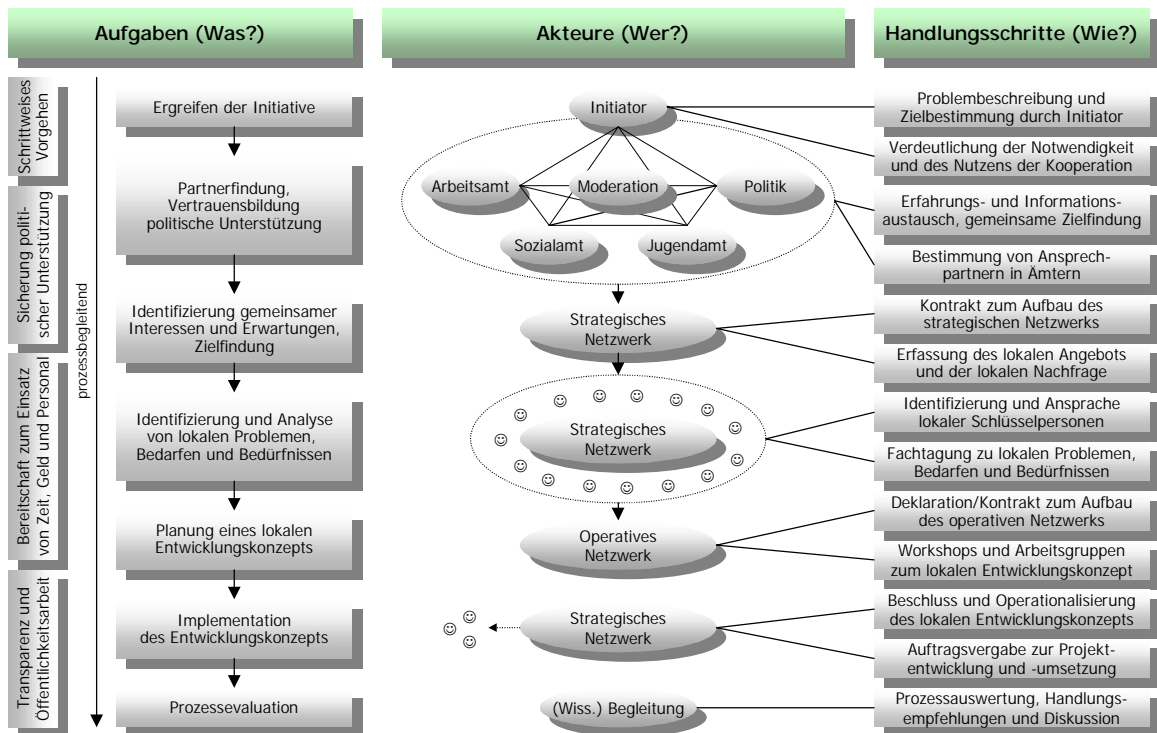
begeistern wissen, um mit großer Beharrlichkeit und Geduld die TeilnehmerInnen über Lippenbekenntnisse hinaus zu verpflichten.

- Für die Verständigung über ein gemeinsames Problembewusstsein ist ein **hohes Maß an Überzeugungsarbeit** zu leisten: Es ist ratsam, zu einem frühen Zeitpunkt eine **unabhängige Moderation** einzubeziehen, die neben fachlichen Impulsen die Zielorientierung überprüft und mediativ Konflikte bearbeiten kann.

allgemein- und berufsbildenden Schulen, Unternehmen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden, freien und öffentlichen Trägern u.a. verfügen über genaue Informationen über die Problemlagen, Kompetenzen und Kapazitäten der lokalen Akteure.

- In Form von **Tagungen** sollten die Beteiligten der strategischen und operativen Ebene ein abgestimmtes **lokales Entwicklungskonzept** verabschieden, das schließlich von den strategischen Partnern

Handlungsschritte zum Aufbau von Netzwerken in der lokalen Ausbildungsmarktpolitik



© Heiko Bennewitz / Ralf Sängner 2001

- Nach einem ersten Informationsaustausch sowie der Benennung fester Ansprechpartner in den Ämtern sollten mit der Identifizierung der gemeinsamen Interessen erste **Verbindlichkeiten geschaffen** werden: Die Bildung eines strategischen Netzwerkes als Gesamtsteuerung der lokalen Ausbildungsmarktpolitik.
- Aufgabe des strategischen Netzwerkes ist es, die Kooperationsmöglichkeiten sowie ihre **Inhalte auszuloten** und in Form eines **Kontrakts** festzuschreiben. Dies geschieht auf der Grundlage einer **Analyse des lokalen Angebots** und der Nachfrage (z.B. Arbeitsmarktmonitoring). Für diese Analyse sowie die genaue Untersuchung der lokalen Probleme ist die **Ausweitung des Netzwerks** um eine operative Ebene entscheidend: VertreterInnen von Kammern, Innungen, Kirchen,

lokal implementiert und über die Vergabe von Aufträgen wieder an die Bildungs- und Maßnahmenträger zurück gegeben wird.

- Die **wissenschaftliche Begleitung** eines möglichst neutralen universitären oder freien Forschungsinstituts sollte für eine prozessbegleitende Evaluation sorgen und immer wieder eine Modifizierung des Entwicklungskonzepts ermöglichen.

Literaturhinweise

BENNEWITZ, Heiko/ SÄNGER, Ralf (2001): Von der Last zur Lust an der Zusammenarbeit – Handlungsempfehlungen zum Aufbau von Netzwerken gegen Jugendarbeitslosigkeit. In: INBAS (Hrsg.): Projekt INKA II – Kooperation, lokale und regionale Netzwerke zur sozialen und beruflichen Integration Jugendlicher. Aktuelle Beiträge aus Beruf und Praxis, 2001

BENNEWITZ, Heiko (2000): Vorschläge für eine lokale Ausbildungsmarktpolitik. In: Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit (Hrsg.): Berichte aus der Arbeitsmarktforschung Nr.4, September 2000

Soziale Arbeit und kommunale Vernetzung

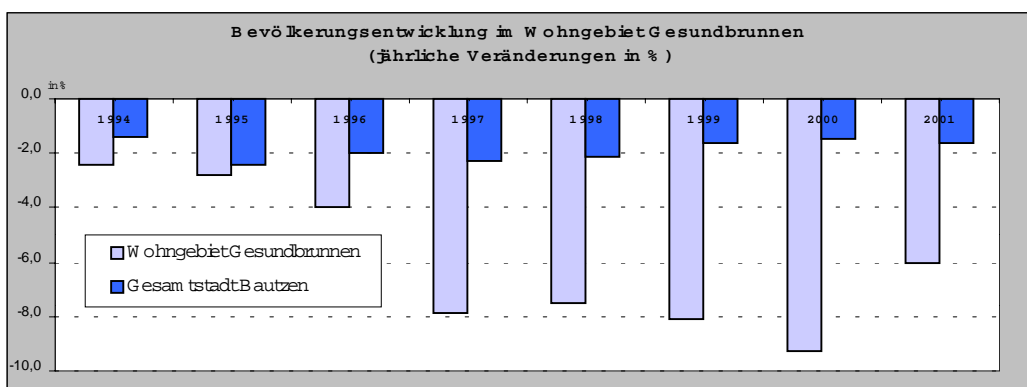
Das Beispiel Bautzen

Bautzen ist eine Kreisstadt mit knapp 43.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in der Oberlausitz in Sachsen. Träger der Jugendhilfe und der Sozialhilfe ist der Landkreis Bautzen. Um die inhaltlichen Aufgaben leisten zu können, ist eine gute Zusammenarbeit und Vernetzung der beteiligten Akteure Voraussetzung, sowohl auf der Verwaltungsebene als auch in Kooperation mit den VertreterInnen aus den Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen.

- Auf 1.000 Erwerbsfähige entfallen 226 Arbeitslose
- Fast 45% der Erwerbslosen zählen im Wohngebiet zu der Gruppe der „Langzeitarbeitslosen“
- Von 1.000 EinwohnerInnen erhalten 69 Personen Sozialleistungen
- 72 % der Aus- und ÜbersiedlerInnen leben in Bautzen im Stadtteil Gesundbrunnen.

Projektgruppe Gesundbrunnen

Zur Vorbereitung von Entscheidungen und zur Entwicklung von Handlungsstrategien wurde die Projektgruppe Gesundbrunnen ins Leben gerufen. Hier kommen Entscheidungs-



Die Bevölkerungsentwicklung ist in Bautzen seit der Wende rückläufig. Besonders stark betroffen von dieser Entwicklung ist das Wohngebiet Gesundbrunnen. Der Stadtteil ist Mitte der 70er Jahre entstanden und vorwiegend von Großwohnanlagen in Plattenbauweise geprägt. Im Jahr 2000 wurde das Wohngebiet Gesundbrunnen in das Bundesländer-Programm „Die Soziale Stadt“ aufgenommen; seit dem besteht eine Arbeitsgruppe „Soziale Stadt“ in Form der „Projektgruppe Gesundbrunnen“.

„Soziale Stadt“ – Projekt Gesundbrunnen

Trotz der hohen Abwanderungstendenzen aus dem Stadtteil Gesundbrunnen, ist das Gebiet der größte Wohnstandort in Bautzen: Gut ein Viertel der Bautzener leben hier. Dieser ehemals von privilegierten Bürgern bewohnte Stadtteil weist die typischen Probleme der meisten Plattenbaugebiete auf; die Sozialstruktur befindet sich derzeit in einem starken Umbruch:

- Im Vergleich zur Gesamtstadt ist die rückläufige Entwicklung der Wohnbevölkerung im Stadtteil fünfmal so hoch

träger aus der Politik und der Verwaltung zusammen, um konkrete Aufgaben und Ziele zu formulieren und Projektmaßnahmen zu entwickeln. Die Projektgruppe arbeitet fachamtsübergreifend und sucht die Nähe zu den Akteuren und Betroffenen im Stadtteil Gesundbrunnen.

Bei Wohnungsnotfällen kommt es zu einer aufgabenverteilten Bearbeitung, die soziale Beratung mit einem ganzheitlichen Hilfekonzept verbindet. Je nach Bedarf sind die entsprechenden Hilfetragger einbezogen, notwendige Hilfekonzepte werden ämter- und institutionenübergreifend aufgestellt und umgesetzt.

Kooperationsstrukturen der Projektgruppe Gesundbrunnen

Mitglieder der Projektgruppe	Zusammenarbeit mit ...
Bürgermeister Bau	Oberbürgermeister, Stadtrat
Stadtentwicklung, Statistik	Beirat für Stadtentwicklung
Stadtplanungsaamt	Vermieter, Energie- und Wasserwerke Bautzen und Abwasser, Wirtschaftsförderung, Schulen, Kita
Abteilung Stadterneuerung	Stadtteilverein, Sanierungsplanung, Sanierungsbetreuung, Stadtteilbüro, Wohnumfeldverbesserung, Stadtumbau Ost –Rückbau
Amt für Bildung und Soziales	Landratsamt Bautzen mit Kreisjugendamt, Kreissozialamt und Ausschüssen; Kreisarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände; anerkannte Träger der freien Jugendhilfe (Stadtteilrunden); Polizei

Bei der Organisation von „Stadtteilrunden“ gab und gibt es eine aktive Beteiligung von Schulen, Arztpraxen, Wohnungsbauunternehmen, Jugendhäusern, Kirchengemeinden, der Polizei, Fraktionen des Stadtrates und Wohlfahrtsverbänden sowie des Stadtteilvereins „Gesundbrunnen e. V.“.

Vernetzung sozialer Arbeit

Wie breit die Vernetzung sozialer Arbeit angelegt ist, soll am Beispiel des Arbeitskreises Spätaussiedler im Landkreis Bautzen dargestellt werden.

Der Anteil an Spätaussiedlern ist im Gesundbrunnen überdurchschnittlich hoch. Auf Initiative des Caritasverbandes Oberlausitz e. V. wurde die Lage der Aus- und ÜbersiedlerInnen in Bautzen näher untersucht. Auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse wurden verschiedene Handlungsstrategien abgeleitet.

Für die Mitarbeit in dem Arbeitskreis „SpätaussiedlerInnen“ konnten schrittweise neue Partner gefunden werden. Beim Erfahrung- und Informationsaustausch über die Arbeit mit den SpätaussiedlerInnen sicherten auch das Landratsamt und die Stadtverwaltung Bautzen ihre politische Unterstützung zu. Die Energie- und Wasserwerke Bautzen stellten Räumlichkeiten für ein Integrations- und Begegnungszentrum in einer ehemaligen Wärmeumformstation zur Verfügung. Das Begegnungszentrum hat im November 2000 seinen Betrieb aufgenommen. Mittlerweile nutzen immer mehr AussiedlerInnen die Angebote des Zentrums, um Kontakte zu knüpfen und gemeinsam Projekte zu initiieren und durchzuführen. Mit dem Zentrum haben auch die Zusammenkünfte des Arbeitskreises eine räumliche Heimat gefunden.

Zur bewussten Gestaltung des Stadtteiles Gesundbrunnen werden die Stadtakteure die begonnene Arbeit weiter fortsetzen. Besonderer Schwerpunkt ist derzeit die Einrichtung eines Stadtteilbüros, um die Arbeit vor Ort zu verbessern und die Kommunikation mit den BewohnerInnen des Stadtteils Gesundbrunnen zu fördern.

Kontakt:

Stadt Bautzen
 Amt für Bildung und Soziales
 Hubertus Klaus
 Fleischmarkt 1, 02 625 Bautzen
 Telefon 03591/534-500

Arbeitskreis SpätaussiedlerInnen des Landkreises Bautzen

– Partner im Netzwerk:

- DRK Kreisverband Bautzen e.V.
- Arbeitsamt Bautzen
- Landratsamt Bautzen
- Polizeirevier Bautzen
- Caritasverband Oberlausitz e.V. Bautzen
- Stadtverwaltung Bautzen
- Regionalschulamt Bautzen
- Sprengstoffwerk Gnaschwitz GmbH
- IB Ebersbach
- Bund der Vertriebenen Bischofswerda
- Regierungspräsidium Dresden
- ÜWH Bischofswerda
- Stadtverwaltung Bischofswerda
- Arbeitsamt Bischofswerda
- Schlesische Jugend

Dorothee Fischer

Soziale Arbeit und kommunale Vernetzung

Das Beispiel Halle-Neustadt

Halle-Neustadt ist als eigenständige Stadt für junge Familien mit Kindern in den 60er und 70er Jahren erbaut worden und ist durch einen hohen Bestand an Plattenbauten gekennzeichnet. Ein großer Teil der EinwohnerInnen war in den Chemiewerken von Buna und Leuna beschäftigt.

Inzwischen ist Halle-Neustadt ein Stadtteil von Halle mit guter ÖPNV-Verkehrsanbindung an die Innenstadt. Halle-Neustadt ist ein sehr grünes Wohngebiet mit Spielflächen, guten Wegeverbindungen und Einkaufsmöglichkeiten. Aktuell leben ca. 60.000 Einwohnerinnen und Einwohner in dem Gebiet. Die Bevölkerung des Stadtteils ist verglichen mit anderen Wohngebieten der Stadt überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen, viele Haushalte sind auf die Unterstützung durch Transferleistungen wie Sozialhilfe oder Wohngeld angewiesen. Der Anteil von Menschen nicht-deutscher Herkunft, vor allem SpätaussiedlerInnen und Menschen kurdischer Herkunft, ist vergleichsweise hoch.

Halle Neustadt verfügt über ein eigenes Stadtteilzentrum, mit Einkaufsmöglichkeiten, Kino etc.. Zur sozialen Infrastruktur gehören fünf Jugendeinrichtungen, zwei Schulen mit dem Angebot der Schulsozialarbeit, ein soziokulturelles Zentrum und weitere soziale Einrichtungen, wie eine Kontaktstelle für psych. Kranke, eine Clearingstelle (eine Einrichtung der Jugendberufshilfe), ein Schwimmbad, Spielflächen sehr unterschiedlicher Qualität und offene Schulhöfe.

Im Zusammenhang mit dem „Stadtumbau Ost“ werden Diskussionen um den Rückbau von Wohnhäusern in den Randlagen geführt.

Durch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur in den letzten Jahren kommt es in dem Stadtteil zu wachsenden sozialen Spannungen: Der Anteil der Kinder nimmt ab und gleichzeitig steigt der Anteil der Seniorinnen und Senioren, der Zuzug von Menschen ausländischer Herkunft, von Familien mit geringem Einkommen und mit sozialen Problemlagen ist überproportional hoch. Bei einer Spielflächenbegehung im Jahr 2000 haben wir zunehmende Beschilderungen von Spielverboten auf Rasenflächen festgestellt. Das stark artikulierte Bedürfnis der Mieter nach Ruhe und der hohe Wohnungsleerstand infolge des Wegzuges vieler Haushalte führen im Zuge von Spielflächenneugestaltungen zu Lösun-

gen, die z.B. Ballspielen eher verhindern und zur weiteren Verdrängung von spielenden Kindern aus den Wohngebieten führen.

Vernetzung von Schule und Jugendarbeit in Halle-Neustadt

Hinter dem Projekt „Öffnung und Vernetzung von Schule“ steht die Idee eine gute Nachbarschaft von Schule und Stadtteil-Leben über die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe zu fördern. Ziel des Projektes ist es, den Schülerinnen und Schülern Freizeit- und Hilfsangebote sowie Lernangebote anzubieten, die über die übliche Form des Unterrichts hinausgehen. Neben den Kindern und Jugendlichen werden auch die Lehrkräfte an den Schulen, die Schulleitungen und die Eltern in das Angebotsnetz einbezogen.

Kritische Aspekte:

- Schule hat in der Regel wenig Handlungsdruck
- Schule verweigert immer noch Anerkennung von handlungsorientierten Aneignungsformen als Formen originären Lernens
- Damit Vernetzung funktioniert, darf Schule die Kooperationspartner nicht nur nach Bedarf „anzapfen“, sondern muss ihre Arbeits- und Organisationsformen verändern.

Angebote der Schulsozialarbeit in Halle-Neustadt

Angebote	Partner
■ Beratung und Einzelfallhilfe	Suchtberatungsstelle der AWO, Psycho-soziale Beratungsstelle der Stadt Halle, Allgemeiner Sozialer Dienst, Kinder- und Jugendheime, Integrationsklassen
■ Sozialpädagogische Begleitung von Schulklassen	Villa Jüling – Jugendbildung
■ Mediation und Streitschlichtung	Villa Jüling – Jugend- und Familienbildung; Deutscher Familienverband Sachsen-Anhalt; Streitschlichterprojekte an anderen Schulen; Netzwerk Mediation Halle
■ Elternarbeit	Villa Jüling – Familienbildung; Familienzentrum des CVJM; Netzwerk Mediation Halle
■ Unterstützung der Schülersvertretung	Villa Jüling – Jugendbildung; DIE BUNTEN; Martin-Luther-Universität Halle; IGS „Ernst Bloch“ Ludwigshafen
■ Schulhof-Open-Air „Humboldt rockt“	Projekt „Engagement macht Schule“ der Freiwilligen Agentur Halle-Saalekreis; Villa Jüling, Verein zur Förderung von Jugendmusikkulturen (JUM), New Chance e.V.; Sponsoren

Für die Zusammenarbeit im Rahmen der Schulsozialarbeit stellen sich folgende Leitfragen:

- Welche Lerninhalte und welche Lernformen brauchen wir jetzt, damit die Kinder von heute im Jahr 2012 gute Chancen für einen gelungenen Berufseinstieg erhalten?
- Was können wir den Kindern heute vermitteln, damit sie in einer radikal veränderten Arbeitswelt bestehen können?
- Was können wir ihnen mit auf den Weg geben, um gute Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie ihre Konflikte lösen, gute Beziehungen führen, ihre Kinder erziehen und als Bürger am demokratischen Gemeinwesen partizipieren können?
- Welche Antwort kann Schule auf die veränderte Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen geben?

Unserer Meinung nach kann eine Antwort auf diese Fragen nur gelingen, wenn die heutige Unterrichtsschule sich hin zu einem Lebensort, zu einem sozialen und kulturellen Erfahrungsfeld entwickelt, in dem Leben und Lernen ineinander greifen. Es geht darum, die unmittelbare Lebensumwelt der Schülerinnen und Schüler in die Arbeit einzubeziehen und Themen aufzugreifen, zu denen die Kinder und Jugendlichen einen wirklichen Bezug haben.

Chancen von Netzwerkarbeit

- Zum Verwirklichen gemeinsamer pädagogischer Ziele
- Zum fachlichen Austausch, zur kollegialen Beratung
- Bündelung von Ressourcen: fachliche Kompetenzen, finanzielle Ressourcen
- Gemeinsame Vertretung auf politischer Ebene
- Kosten sparen durch gemeinsame Fortbildungen und durch Synergieeffekte im Bereich der Qualitätsentwicklung

Risiken von Netzwerkarbeit

- Konkurrenz um Ressourcen
- Verschiedene Ziele, Werte und Methoden
- Unterschiedlicher Handlungsdruck zum Eingehen von Kooperationen
- Gestiegene Anforderungen an Organisationsstrukturen und an Kommunikation

Kontakt:

Villa Jüling
 Dorothee Fischer
 Semmelweisstraße 6, 06 120 Halle
 Telefon 0345/5511699

Kommunale Netzwerke

Als Voraussetzung zur Förderung der Entwicklungschancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten

Grundlagen

„Vernetzung“ ist derzeit einer der ganz wenigen gemeinsamen arbeitsfeldübergreifenden Anknüpfungspunkte für Verständigung in der Sozialarbeit geworden. Ganz selbstbewusste Kolleginnen und Kollegen sehen in Sozialarbeit grundsätzlich einen Ansatz von „Netzwerk-Arbeit“ (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge 1993, S. 669).

Der **Netzwerk- bzw. Vernetzungsbegriff** ist ein typischer Begriff der Moderne. Ähnlich wie die in ebenfalls großer Häufigkeit angesprochenen „Synergieeffekte“ transportiert der Vernetzungsgedanke in unterschiedlichen Arbeitsbereichen die **Idee von einer verbesserten Zusammenarbeit**, der gesteigerten Effizienz und Effektivität als dem Resultat von stadt(teil), orts-, regional- oder sogar weltweiter Herstellung konstruktiv wirkender Beziehungen.

Ein unpräziser, mit diffusen Hoffnungen und Vorstellungen überfrachteter Gebrauch des Vernetzungsbegriffs macht eine präzisere Analyse realer wie auch oftmals nur vorgegebener Netzwerkstrukturen notwendig.

Natürliche und künstliche Netzwerke

Der Netzwerkbegriff hat bei näherer Betrachtung zwei sehr unterschiedliche Ausgangspunkte:

- Da sind zum einen die jeden einzelnen und jede Gruppe umgebenden **sozialen, „natürlichen“ Netzwerke**, die in der Regel die Resultate gesellschaftlich gewachsener informeller Beziehungen sind,
- dann bestehen auf der anderen Seite die funktionellen und bewusst herbeigeführten Verknüpfungen im technischen und nichttechnischen Bereich, die allgemein als **künstliche Netzwerke** bezeichnet werden.

Die im sozial- und sozialarbeitswissenschaftlichen Sinne verstandene Netzwerkarbeit, von der nun nachfolgend die Rede sein soll, macht im Grunde genommen einen Spagat zwischen beiden Formen. Sie hat zum einen die Kräfte der bestehenden Gemeinschaftsbindungen – etwa im Stadtteil oder im Wohnquartier – zu fördern oder zu stabilisieren,

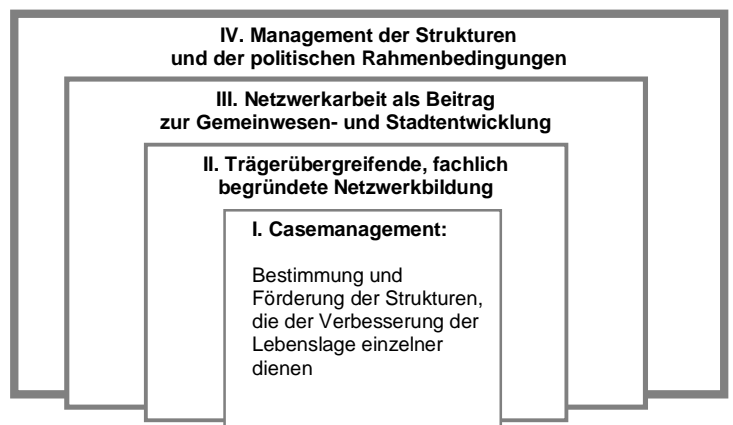
woraus verbesserten Bewältigungs-, Entlastungs- und Unterstützungsfunktionen sozialer Umgebungen resultieren. Und zum anderen haben Netzwerkarbeiter auch neue, „künstliche“ Verknüpfungen innerhalb und zwischen verschiedenen Organisationssystemen zu schaffen, die je nach Blickrichtung – unterschiedliche Funktionen haben können, etwa:

- Kostenreduzierungen durch rationelleren Mitarbeiterinsatz,
- Effizienzsteigerungen Sozialer Arbeit durch verbesserte Trägerkooperation,
- Aktivierung der Selbsthilfepotentiale,
- besseres Wissen über Lebensverhältnisse als Ergebnis systematisierter Kommunikation,
- Perspektivenwechsel sozialer Arbeit vom individuellen Fallbezug zur sozialökologisch orientierten Feldorientierung oder auch der
- Befriedung durch ein stärkeres Maß an Kontrolle.

Ebenen von Netzwerkarbeit in der Jugendhilfe

Voraussetzung jeder erfolgreichen Netzwerkarbeit ist ein systematisiertes Vorgehen, das in jedem Fall mit der Analyse der jeweiligen Netzwerke beginnen muss. Es kann sich dabei um eine Interpretation individueller Lebenszusammenhänge oder der Analyse von Dynamiken eines Quartiers, um eine Untersuchung der Art des Zusammenwirkens sozialer Organisationen in einem Entwicklungsgebiet oder auch um die Analyse komplexer sozialer Vorgänge in einem größeren Gemeinwesen handeln.

Ebenen und Reichweiten von Netzwerkarbeit in der Jugendhilfe



Entsprechend können sich die Ebene und die Reichweite der eigentlichen Netzwerkarbeit unterscheiden.

Im **Kontext der Jugendhilfe** haben wir es mit folgenden Ebenen zu tun:

- Das kleinste Modul liegt auf der Ebene des Case-Management. Hierbei geht es um Bestimmung und Förderung jener Ressourcen, die helfen, die Lebenslage eines einzelnen zu verbessern.
- Es folgt die Ebene der trägerübergreifenden, fachlich begründeten Netzwerkbildung,
- und schließlich ein Verständnis von Netzwerkarbeit als Beitrag zur Gemeinwesen- und Stadtentwicklung.
- Die im Prinzip darüber liegende Ebene des Managements der Strukturen und der – auch politischen – Rahmenbedingungen ist von der Jugendhilfe bzw. generell von Sozialer Arbeit nur unzureichend beeinflussbar.

Der in die soziale Arbeit einflussnehmende Vernetzungsgedanke entstammt wenigstens sechs sehr unterschiedlichen Prozessen innerhalb der sozialpsychologischen, sozialarbeitswissenschaftlichen und sozialarbeitspraktischen Fachdebatte:

- 1l Der Analyse der Person-Umwelt-Beziehungen durch die Sozialpsychologie,
- 2l der Entwicklung von Praxismodellen, die einem ökosozialen Denken entstammen,
- 3l der GWA-Debatte,
- 4l der Debatte um Selbstorganisation, neue Politikformen und Alternativökonomie sowie deren Einfluss auf die Sozialarbeit,
- 5l Der Überlegung, dass Verknüpfung als Beitrag zur Verbesserung des Hilfesystems zu sehen sei,
- 6l die Sicht von Vernetzung und Kooperation als Beiträge zur fachlichen Qualifikation (Simon 1996).

Vernetzung im Sinne von dauerhafter Trägerkooperation bedeutet z. B. mit Blick auf Jugendhilfeplanung auch die Schaffung neuer Vernetzungen und niederschwelliger Arbeitsformen.

Sozialarbeit bekommt in einem derartigen Konzept zunehmend die **Funktion der Moderation und Mediation**: Wenn zwischen der Jugendhilfe, Beratungsstellen, Schulen, Vereinen, Kirchen und Initiativen trotz eventueller Hemmnisse und Kooperationsbelastungen mehr Zusammenarbeit entstehen soll, ist eine sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung erforderlich.

Feldstudien und Feldanalysen sind wichtige Elemente der Sozialplanung – auch in ihrer spezifizierten Form der Jugendhilfeplanung. Ihre Aufgabe besteht darin, vorhandene Lebenssituationen in einem Stadtteil, in einem Quartier oder einem noch überschaubareren Ausschnitt eines Gemeinwesens möglichst so darzustellen, dass ihre Aussagen **handlungsleitend für neue Schwerpunktsetzungen** kommunaler Sozialpolitik werden können.

Die **Beschreibung der Bedingungen neuer Kooperationsbeziehungen** bekommt dabei eine ebenso wichtige Bedeutung wie die Auseinandersetzung mit folgenden Fragestellungen:

- Wer arbeitet mit welchen Intentionen im Problemgebiet?
- Wie sind die Angebote miteinander vernetzt?
- Was sind besondere Schwerpunktsetzungen? Sind diese richtig gewählt?
- Welche Zielgruppen werden teilweise oder gar vollständig vernachlässigt? Was sind die Gründe hierfür?
- Wo befinden sich die innovativen und auf Zukunft gerichteten Potentiale?
- Wie sind Zuständigkeiten – u.U. auch zwischen örtlichen, überörtlichen und freien Trägern – gegebenenfalls neu zu regeln?
- Welchen Maßnahmen ist aus dem Kanon der Vorschläge künftig Priorität einzuräumen? Wie wird dies im Einzelfall begründet? (Simon 2001, S. 13)

Aus der Verknüpfung der Informationen zu den Lebensverhältnissen im Quartier und der teilweisen oder vollständigen Bewertung vorhandener Angebote können Teilkonzepte für die kommunale Sozial- und Jugendarbeit abgeleitet werden.

Konsequenz aller Feldstudien, die diesen Begriff auch verdienen, ist die Überprüfung der Kooperationswege und – netze der in den untersuchten Problemgebieten tätigen Träger und Institutionen. „Problemgebiet“ zu sein bedeutet immer auch die Existenz eines „Wildwuchses“ sehr unterschiedlicher Angebote.

In der Vergangenheit konnte die **Erstellung von Feldstudien beitragen**

- zur Trägerkooperation und –koordination,
- zu veränderten Schwerpunktsetzungen der vor Ort geleisteten Sozialarbeit,
- zu Neubestimmung, Abgleichung und Neuvernetzung des vormaligen „Angebotwildwuchses“.

Vernetzung als Beitrag zur Qualifizierung und kollegialen Beratung

Zusammen mit den vorgegebenen, bzw. den sich entwickelnden Strukturen sind die in aufsuchenden Arbeitsfeldern tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die entscheidenden Leistungsträger, deren personale und fachliche Qualifikation gerade unter den ausgeprägt „verbrauchenden „ Arbeitsbedingungen eine entlastende und unterstützende Funktion erlangt. Zudem schaffen gesellschaftliche Veränderungen, die Neuorientierung und der Perspektivenwandel in der Sozial- und Jugendarbeit neue strukturelle, organisatorische und personale Anforderungen, die in der Fort- und Weiterbildung, aber auch im kollegialen Austausch bearbeitet werden müssen.

SozialarbeiterInnenkreise aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern haben als Instrumente der arbeitsfeldspezifischen Fortbildung und der kollegialen Beratung bereits eine lange Tradition.

Stadtteilrunden

Einige der rund 17 in Stuttgart stadtteilbezogen arbeitenden „Gesellschaften für Mobile Jugendarbeit“ haben Stadtteilrunden installiert oder nehmen an diesen mit dem Ziel teil, die unterschiedlichen, in Stadtteilen tätigen Organisationen und Dienste gemeinwesenbezogen zu vernetzen.

Diese Stadtteilrunden sehen sich auf **vier Säulen** stehend:

- Auf der Ebene des **Kennenlernens** sollen Isolation und Spezialisierung der einzelnen Dienste überwunden werden und persönliche Kontakte zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterschiedlicher Einrichtungen hergestellt werden.
- **Vernetzung und Kooperation** soll Absprachen und eine bessere Erschließung von Ressourcen im Stadtteil ermöglichen. Neben der bedarfsgerechten Anpassung und Veränderung von Angeboten und der Veränderung von Konzeptionen sollen neue Einrichtungen und Projekte fachlich begleitet werden.
- Eine entlastende Funktion bekommen **Problemanalysen und thematische Arbeit**. In Helferkonferenzen sollen Themen und Probleme wie z.B. „Gewalt in der Familie“, „gewaltfördernde Strukturen im Stadtteil“ oder „stadtteilorientierte Suchtprophylaxe“ bearbeitet werden. Als geeignete Arbeitsformen werden gemeinsame Tagungen und Fortbildungen – auch unter Einbeziehung von Laienhelfern – gesehen.

- Auf der Ebene der **Entwicklung von Lösungen** bekommt die Feststellung von Bedarfslagen eine wichtige Funktion. Um Lösungsvorschläge umsetzen zu können, soll über das Instrument der Stadtteilrunden verstärkt Öffentlichkeit hergestellt und Lobbyarbeit geleistet werden. Eine angemessene Kooperation mit den kommunalen Fachplanungsabteilungen wird angestrebt.

Regionale Arbeitskreise

Lose regionale Arbeitskreise von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie von Unterstützern aufsuchender Jugendarbeit nehmen zu. Sie sind Ausdruck des qualitativen Zuwachses an Projekten sowie des Bedarfs an überörtlichem Austausch, der – anders als örtliche oder stadtteilbezogene Kooperationsformen – vor allem Informations- und Entlastungsfunktion hat. Hier können mit einer gewissen Distanz zur Alltagsarbeit auch Probleme thematisiert werden, die im kommunalen Kontext ohne stärkere Intervention in Form von Organisationsberatung und Supervision nicht oder nur schwer erschließbar sind, wie z.B. Probleme mit dem Träger, Vorgesetzten oder mit Kooperationspartnern.

Gremienarbeit

Gremienarbeit und die Einmischung in die Kommunalpolitik haben sich etabliert. Soll zugunsten von Sozialarbeit etwas am „Gefüge der Macht“ geändert werden, müssen die bereits gangbaren Wege verbessert und über **neue Formen der Kooperation** und **Intervention** nachgedacht werden.

Hilfreich hierfür ist die neu in das Jugendhilferecht aufgenommene **Regelung des § 78 KJHG**, welche bei vorhandenem Klärungs- und Gestaltungsbedarf die **örtlichen Träger der Jugendhilfe zur Bildung entsprechender Arbeitsgemeinschaften** ermuntert. Künftige Lobbyarbeit muss in Formen umschlagen, die sozialer Arbeit und Betroffenen nicht nur Gehör verschafft, sondern andere – Außenstehende – zur Interessensvertretung aktiviert.

Dies ist allein schon deshalb notwendig, weil die in diesem Beitrag wohl deutlich gewordene Bejahung der Vernetzungsidee nicht gleichzusetzen ist mit der kritiklosen Befürwortung der „Flucht in Gremienarbeit und Gesprächskreise“. Auch bei der Bildung von Netzwerken und kooperativen Strukturen darf schon noch die Frage nach dem entsprechenden Bezug zur jeweiligen Zielgruppe der sozialpädagogischen Bemühungen gestellt werden.

Sollen die in den letzten fünf Jahren äußerst vielfältig gewordenen Formen aufsuchender Arbeit nicht eine „Modeerscheinung“ oder Ausdruck situativen Konfliktmanagements sein, müssen sie – allein schon aus den banalen Gründen der Existenzsicherung heraus – die unterschiedlichen Wege der Vernetzung mitgehen, auch wenn an deren Knotenpunkten angesichts der oftmals knappen personellen Ressourcen und den gravierenden Problemlagen der Klientel recht häufig der Blick auf die richtigen Pfade der Zielerreichung verstellt ist.

Sozialplanung und die im § 80 KJHG zur Pflichtaufgabe der Kommunen **erhobene Jugendhilfeplanung** bekommt an dieser Stelle die Funktion, neben allgemeiner Bedarfserhebung den **Blick für Schwachstellen des Netzes** zu schärfen.

Netzwerkarbeit im Spektrum der Arbeit mit sozial benachteiligten Jugendlichen

Zugang I: Notwendige Vernetzungsarbeit im Feld Schulsozialarbeit

Eine unabhängig vom Betreuungsaspekt bestehende Notwendigkeit sozialpädagogischer Arbeit an allen Schulen ist mittlerweile weitgehend unstrittig. Bereits mit dieser Feststellung wird offensichtlich, dass die Zahl der im Land bestehenden Projekte viel zu gering ist. Dies gilt auch dann, wenn man zur Auffassung gelangt, dass an Grundschulen kein und an Gymnasien nur ein geringer Bedarf besteht. An die Schulen werden angesichts veränderter Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien neue Anforderungen gestellt. Immer mehr Schulen beginnen damit, sich offensichtlich und nicht mehr, wie lange Zeit üblich, negierend und kaschierend mit den sichtbar werdenden Lebenssituationen und Problemen der SchülerInnen auseinanderzusetzen, die sich in Schulversagen, Schulverweigerung, Gewalt, Alkohol- und Drogenkonsum artikulieren.

In Verbindung mit dem Gedanken des Ausgleichs sozialer Benachteiligung bzw. der Überwindung individueller Beeinträchtigung wird im § 13 Abs. 4 KJHG, neben der Generalklausel des § 1 KJHG, die gesetzliche **Grundlage für Schulsozialarbeit** gesehen, obwohl diese dort nicht explizit aufgeführt wird. Experten wünschen sich deshalb aufgrund des mittlerweile unstrittigen Bedarfs an Schulsozialarbeit hierfür eine eigenständige Rechtsnorm im SGB VIII, um die Verpflichtung und Verbindlichkeit zu erhöhen.

Noch immer zu kurz kommt die zunehmend häufiger im theoretischen Diskurs angesprochene **Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule**. Zu verweisen ist an dieser Stelle allerdings darauf, dass zumindest für die Seite der Jugendhilfe durch die Bestimmung des § 81 Ziffer 1 KJHG eindeutig gegeben ist, wobei sich diese Kooperationsverpflichtung in erschwerender Weise erst einmal nur auf die Akteure der Jugendhilfe bezieht.

Der **Kooperationsauftrag** des § 81 Ziffer 1 KJHG bedeutet für die Praxis:

- Insbesondere die MitarbeiterInnen der sozialen Dienste müssen zu festen Ansprechpartnern der Schulen ihres Zuständigkeitsbereichs werden
- Die MitarbeiterInnen des Jugendamtes haben dort, wo es geboten ist, Lehrerinnen und Lehrer – unter Beachtung datenschutzrechtlicher Belange – in die Entscheidungsfindung und Erstellung des Hilfeplans einzubeziehen
- JugendamtsmitarbeiterInnen können sich an der Gestaltung schulischer Aktivitäten beteiligen (z.B. Projekttag und –wochen, pädagogische Tage und andere Fortbildungen)
- Eine Koordination der regionalen Angebote schulbezogener Hilfen im Jugendamt
- Die Berücksichtigung der Schulentwicklungsplanung ist notwendig, wobei künftig auch stärkeres Augenmerk auf die „innere Entwicklung“ sowie die Entwicklung einer noch besseren Kooperationsfähigkeit der Schule gelegt werden sollte
- Mit der stärkeren Anbindung an die örtliche Jugendhilfe können drei wesentliche Aufgaben bewältigt werden: die frühzeitige Aktivierung anderer Jugendhelferressourcen im Einzelfall, eine auf der Basis von Absprachen mögliche Form des Case-Managements, die Entwicklung gemeinschaftlicher zusätzlicher Angebote für einzelne und Gruppen.

Ferner konnte festgestellt werden, dass Schulen mit einer hohen Entwicklungsbereitschaft eine Reihe von Gemeinsamkeiten aufwiesen:

- die Lehrarbeit erfolgt im Team,
- der Unterricht selbst stellt den Kern und den Ausgangspunkt der Qualitätsentwicklung dar,
- der Unterricht ist von dem Bemühen bestimmt, Mit- und Selbstverantwortung der Schülerinnen und Schüler zu stärken,
- Leistung hat einen hohen Stellenwert, versteht sich aber immer als Ergebnis von

kognitivem, sozialem und emotionalem Lernen,

- Qualitätsschulen zeichnen sich durch Selbstbewusstsein und Offenheit aus, sie sind also in der Lage, mit anderen ihre Stärken und Schwächen zu kommunizieren,
- Ganzheitlichkeit, gestaltet durch hohe Leistungsanforderungen, entspanntes Schulklima und effiziente Organisation des Schulbetriebes,
- engagierte Schulgemeinschaft unter Einbeziehung von Eltern und Schülern,
- Bereitschaft zur externen Evaluation,
- intensiver Austausch mit externen Partnern,
- Selbstverständnis als "lernende Schule": "Eine gute Schule muss jede Woche neu geschaffen werden".

Arbeitsschwerpunkte der Schulsozialarbeit sind:

- Ein zunehmendes Maß an **Einzelfallhilfe**, wobei die Arbeit bereits in den Altersstufen 8 bis 11 beginnt. Dabei stehen Schwierigkeiten im Elternhaus, Lernprobleme, Kontakt- und Kommunikationsdefizite im Vordergrund.
- **Soziale Gruppenarbeit**, die ursprünglich nur in den Klassenstufen 5 bis 10 praktiziert wurde, nun aber auch ab der 2. und 3. Klasse im Kontext der Schulsozialarbeit praktiziert wird.
- Eng verzahnt mit der sozialen Gruppenarbeit sind **themenorientierte Angebote**, zu denen auch externe Kooperationspartner herangezogen werden.
- Einen wichtigen Stellenwert nehmen **freizeit- und erlebnispädagogische Ansätze** ein. Dabei spielen dem Schulgelände angelagerte Flächen (Bauspielfeldplatz u.ä.) eine wichtige Rolle. Ferner werden Rad- und Kanufreizeiten usw. durchgeführt.
- Im Zuge der Etablierung des Projektes haben die **Elternarbeit**
- sowie die **Kooperation** mit dem Jugendamt, dem Schulverwaltungs- und Kulturamt, dem staatlichen Schulamt und anderen Akteuren zugenommen.
- Hinzu kommen ferner Aufgaben der **Öffentlichkeitsarbeit**.

Zugang II: Vernetzung als unabdingbares Element in der Arbeit mit Schulverweigerern

Im Kontext der verschiedenartigen Fragestellungen, welche das Bildungssystem unserer Gesellschaft betreffen, erlangte auch das Phänomen der **Schulverweigerung**

Konjunktur. *Christe und Fülbier* (2001, S. 535) vertreten die Auffassung, dass Schulverweigerer um so mehr zu einer stigmatisierten Gruppe werden, je höher das durchschnittliche Bildungsniveau einer Bevölkerung steigt. Waren sie noch Ende der 90er Jahre ein Thema für einen überschaubaren Kreis spezialisierter Kräfte, die an der Schnittstelle zwischen Schule und Jugendhilfe agierten, so wird heute immer häufiger über sinnvolle Wege der Arbeit mit Jugendlichen nachgedacht, die nur vorübergehend oder kontinuierlich die Schule meiden. Dabei schwanken die Antworten zwischen der Suche nach verstärkten ordnungspolitischen Interventionen auf der einen und der Entwicklung neuer pädagogischer Spezialangebote auf der anderen Seite. In den letzten Jahren wurden zudem Modellprojekte entwickelt, die sich der Zielgruppe in besonderer Weise – und wie in Modellphasen üblich – mit unterschiedlichen Konzepten und Angeboten zugewandt haben.

Über den **Umfang von Schulabsentismus** existieren bislang keine ausreichenden empirischen Befunde. Untersuchungen aus den letzten dreißig Jahren kommen in unterschiedlichen schulischen und regionalen Zusammenhängen zu Ergebnissen, die zwischen 0,5% und 30% Schulverweigerer an den entsprechenden Kohorten belegen. Aus den Spitzenwerten einzelner örtlicher Befunde werden dann dramatische Szenarien abgeleitet. Das Christliche Jugenddorfwerk Deutschland schätzte – ohne empirische Begründung – die Zahl der hartnäckigen Schulverweigerer auf 400.000 Kinder und Jugendliche (Stuttgarter Zeitung vom 26.11.2001).

Eine von der Hochschule Magdeburg-Stendal im Jahr 2001 in einer Kreisstadt Sachsen-Anhalts durchgeführte Stichprobe macht deutlich, dass **Schulschwänzen** ein **durchaus weit verbreitetes Phänomen** darstellt. 44% von rund 560 befragten Schülerinnen und Schülern haben bereits die Schule geschwänzt. Der Anteil derer, die häufiger als einmal im Monat der Schule fernbleiben oder schon 14 Tage am Stück und länger gefehlt haben, liegt bei hohen 17,6%. Auch wenn man die Vermutung anstellt, dass "Schule schwänzen" für einen Teil der Schülerinnen und Schüler eine "Aktion mit Kick" darstellt, was zu Unschärfeproblemen bei empirischen Erhebungen führen kann, bleibt festzuhalten, dass häufig genannte Schätzungen, welche von 1% bis 2% regelmäßigen Schulverweigerern ausgehen, zumindest für den Haupt- und Sekundarschulbereich zu niedrig angesetzt sind.

Was seit Jahrzehnten unter dem Stichwort "Schulschwänzer" diskutiert wurde, erfährt im Kontext der Neupädagogisierung dieses Phänomens die unterschiedlichsten Umschreibungen: "Schulmüde", "Schulverweigerer", "Schulentwöhnte", "Schulabstinente". Thimm (1998) führt weitere Begriffe ein: "Schulverdrossenheit" und "Schulflucht". Derselbe Autor führt in einer Grundlegung (Thimm 2000) **den neutralen Fachbegriff "Absentismus"** ein und unterscheidet dabei die drei Steigerungsstufen

- Gelegenheitsschwänzen
- Regelschwänzen und
- Intensivschwänzen als Form dauerhafter, zumindest lang anhaltender Schulverweigerung.

Aus der Perspektive einer praxisbezogenen Forschung wird deutlich, dass sich unterschiedliche Berufsgruppen mit unterschiedlichen Sichtweisen und einem oftmals nur geringen Kooperationsverhalten mit den Schulabstinenten auseinandersetzen. Neben Schul-, Sonder- und Sozialpädagogen befassen sich auch Psychologen, Psychiater und Allgemeinmediziner mit den auffälligen Verweigerern.

Ein nicht unerheblicher Teil der Gründe für Schulverweigerung liegt in der Schule selbst. Damit ist vor allem gemeint, dass sich die Schule in nur unzulänglicher Weise dem Phänomen Schulverweigerung stellt. Diese Einschätzung wird auch durch die Ergebnisse einer von mir durchgeführten Expertenbefragung im Landkreis Schönebeck unterlegt.

Grundsätzlich ist für das Verständnis von Schulverweigerung das Konzept eines systemischen Ansatzes relevant, in dem

- Schülerinnen und Schüler
- Eltern
- Schule
- Mitschülerinnen und Mitschüler
- und der "Globe" – das soziale Umfeld – gegenseitig bedingende Wirkungen entfalten.

Projekte, die vorrangig und gezielt mit Schulverweigerern arbeiten, sind erst in den letzten Jahren entstanden und befinden sich meist noch in der Modellphase. Hierzu gehören insbesondere "Schulen für Schulverweigerer", Angebote, die so gestaltet sind, dass sie für Kinder und Jugendliche zugänglich sind, die mit "normaler Schule nichts mehr am Hut haben". Beispiele hierfür sind der Schulversuch "Schule des Lebens in Brandenburg" oder das "Zentrum für alternatives Lernen" in Schönebeck/Elbe.

Eine besondere Schwierigkeit der Zusammenarbeit resultiert auch aus der notwendigen **Zusammenführung nur schwer kompatibler Rechtsbereiche**. Während auf der einen Seite die Arbeit mit Schulabstinenten als Form der Jugendsozialarbeit im Sinne des § 13 KJHG zu verstehen ist, sind diese andererseits aus rechtlichen Gründen mit den Schulverwaltungen abzustimmen.

Vor diesem Hintergrund kann das seit kurzem in Schönebeck/Elbe existierende „Netzwerk für integrierte Konzeptentwicklung“ (NIK), welches aus einem erfolgreichen Modellprojekt der Arbeit mit Schulverweigerern hervorgegangen ist – damals mit dem Namen „Zentrum für Alternatives Lernen“ – als ein Projekt mit logischer und konsequenter Aufgabenerweiterung der Arbeit mit Schulverweigerern verstanden werden.

Vor dem Hintergrund komplexer Verursachungszusammenhänge arbeitet das Projekt heute mit den Elementen:

- Alternative Formen der Beschulung von Schulverweigerern auf der Basis einer systemisch orientierten Fallarbeit, die bereits frühzeitig die verschiedensten Akteure aus dem Nahraum des Kindes einbezieht,
- Case-Management als explizite Spezialaufgabe einer Sozialarbeiterin sowie als integrierte Tätigkeit der anderen MitarbeiterInnen
- Netzwerkbildung im regionalen Hilfeverbund als logische Folge systematischen Case-Managements
- Fortbildungs-, Beratungs- und Multiplikatorrentätigkeit auf regionaler und auf Landesebene mit eigens dafür abgestelltem Personal. (Hierzu ausführlich: Simon/Uhlig 2002)

Zugang III: Weiterentwicklung von Hilfen zur Erziehung von der Spezialeinrichtung zur sozialraumorientierten Hilfe

Modellhaft wurden bis zum Jahr 2000 in Stuttgart in ausgesuchten Stadtteilen Versuche unternommen, einen Rückbau der in den letzten Jahrzehnten stetig fortentwickelten Spezialisierung zugunsten sozialraumorientierter Arbeit der Erziehungshilfen vorzunehmen. Damit wird der konsequente Versuch unternommen, die – etwa im 6., 10., und 11. Jugendbericht – abstrakt formulierten Zielsetzungen wie „Flexibilisierung, Ressourcen- oder Lebensweltorientierung“ konsequent umzusetzen. Dabei gingen die handelnden Akteure davon aus, dass die Frage, welche Rolle Spezialeinrichtungen der Erziehungshilfe dann einnehmen, sich kaum beantworten

lässt, wenn sie auf eine theoretisch-abstrakte Ebene reduziert bleibt (Weißenstein 2000).

Also wurden in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt in einzelnen Stadtteilen exemplarisch bestehende Angebote im Feld der Erziehungshilfen in sozialraumorientierte Angebote umgebaut.

Die wichtigsten Elemente sind bei diesem Ansatz:

- Die Bildung von Stadtteilteams
- Ein Höchstmaß an Vernetzungsstrukturen
- Eine Finanzierung aus Sozialraumbudgets.

Charakteristika von Spezialeinrichtungen der Erziehungshilfe	Charakteristika sozialraumorientierter Hilfe
Vorhalten von Immobilien und Angeboten	Vorhalten von sozialraumorientierten Teams
Personal mit differenzierten Spezialangeboten	Personal mit sozialarbeiterischen Kernkompetenzen und guten Verbindungen im Sozialraum
Zuständig für selektierte Problemlagen, Fälle werden systematisch den vorhandenen Angeboten subsumiert	Zugangskriterium ist der Lebensort des Hilfesuchenden
Schwerpunkt: Kommstruktur	Schwerpunkt: Gehstruktur
Sicherheit und Routine im Umgang mit Klienten	„lernende Organisation“: Hilfen müssen für die jeweiligen Bedarfslagen neu entwickelt werden
Spezialeinrichtungen leben von den Defiziten anderer Systeme, Verantwortung für Problemfälle werden delegiert	Sozialraumorientierte Projektarbeit muss ständig Ressourcen erschließen und nutzen: hoher Kooperationsbedarf
Oft abgeschottet	Stark öffentlich wahrnehmbar
Großräumiger Einzugsbereich	Kleinräumige Organisation der Hilfen
Finanzierung über Fallzahlen	Finanzierung aus dem Sozialraumbudget
Spezialeinrichtungen leben oft von strukturellen Mängeln im Sozialraum, ihre Existenz trägt zur Zementierung struktureller Probleme im Sozialraum bei	Setzt Impulse für die positive Veränderung des Sozialraums

Quelle: In Anlehnung an Weißenstein 2000

Zugang IV: Personell und institutionell abgesicherte Stadtteilarbeit – das Projekt SOKO

Am Beispiel der Sozialpädagogischen Kooperative (SOKO) Hallschlag in Stuttgart soll deutlich gemacht werden, dass Vernetzungsstrukturen in großflächigen sozialen Brennpunkten einer stetigen Entwicklung und eines Managements bedürfen, die personell und institutionell abgesichert werden müssen. Mit anderen Worten: es bedarf professioneller Netzwerker.

Der Stadtteil Stuttgart-Hallschlag war ursprünglich ein sozialer Brennpunkt mit rund 5.000 BewohnerInnen, einem hohen Anteil von Multi-Problemfamilien, städtebaulichen Mängeln, hoher Durchsetzung mit Kriminalität

und Drogengebrauch. Neben den „klassischen“ Angeboten der Jugendhilfe ist die Sozialarbeit in besondere Weise geprägt durch die Impulse und Initiativen von rund 30 Jahren Gemeinwesenarbeit und schon sehr früh eingerichteter Mobiler Jugendarbeit.

Um die mittlerweile entstandene Vielzahl unterschiedlicher Hilfen und Träger zu koordinieren, wurde vor einigen Jahren in der Verantwortung von fünf freien Trägern die SOKO gegründet, deren Hauptaufgabe in der Gestaltung und Entwicklung von Netzwerkstrukturen besteht, die für die Bewohnerschaft des Stadtteils nutzbar gemacht werden sollen. Dies führt zu

- einer ständigen Zusammenarbeit von etwa 45 Professionellen,
- zur punktuellen Kooperation von etwa 250 Personen,
- zu einer prinzipiellen Erreichbarkeit von 4.000 bis 5.000 BewohnerInnen.

Ein kurzes Fazit

Vernetzung ist kein Heilsbringer der Sozialarbeit. Gerade mit Blick auf die Lebenslagen von Kindern aus sozialen Brennpunkten ist Vernetzung eben nicht die punktuelle Kooperation, das gelegentliche Plauschen unter Kollegen, der wöchentliche Kaffeetreff von Professionellen. **Vernetzungsarbeit ist methodisches Handeln von Sozialarbeit**, das – ab einer bestimmten Größenordnung – krisenfest implementiert und eigens personell ausgestattet werden muss.

Literaturhinweise

CHRISTE, G./FÜLBIER, P. (2001): SchulverweigerInnen und SchulabbrecherInnen, in: Fülbier, P./Münchmeier, R. (Hrsg.), Handbuch Jugendsozialarbeit. Geschichte, Grundlagen, Konzepte, Handlungsfelder, Organisation, Band 1, Münster

DEUTSCHER VEREIN FÜR ÖFFENTLICHE UND PRIVATE FÜRSORGE – Hrsg. – (1993): Fachlexikon der sozialen Arbeit, Frankfurt/M., S. 668 f

SIMON, T. (1995): Der Vernetzungsgedanke. Grundlage für Einmischungsstrategien im kommunalen Bereich, in: Becker, G./Simon, T. (Hrsg.), Handbuch aufsuchende Jugend- und Sozialarbeit, Weinheim und München

SIMON, T. (2001): Kommunale Jugendhilfeplanung, 4., überarbeitete Auflage, Wiesbaden

SIMON, T. / UHLIG, S. – Hrsg. – (2002): Schulverweigerung. Muster, Hypothesen, Handlungsfelder, Leverkusen 2002 (erscheint im August 2002)

THIMM, K. (1998): Schulverdrossenheit und Schulverweigerung, Berlin

THIMM, K. (2000): Schulverweigerung. Zur Begründung eines neuen Verhältnisses von Sozialpädagogik und Schule, Münster

WEIßENSTEIN, R. (2000): Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung. „Experiment“ in Bereich 2 – Erfahrungsbericht, Stuttgart

Kontakt:

Prof. Dr. Titus Simon
Professor für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung
Fachhochschule Magdeburg
Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen
39114 Magdeburg
Breitscheidstr. 2
Telefon (0391) 88 64 290 oder 88 64 276
Email: 88 64 290/88 64 276

Aufbau von Netzwerken in Leipzig

Der Leipziger Weg der Stadtentwicklung

Jugendhilfeplanung ist ein Instrument zur systematischen und zukunftsgerichteten Gestaltung und Entwicklung der Handlungsfelder der Jugendhilfe mit dem Ziel, positive Lebensbedingungen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu schaffen. Doch die Verbesserung der Lebenssituation dieser Zielgruppen ist nicht allein Angelegenheit der Kinder- und Jugendhilfe, sondern Querschnittsaufgabe und nur in Zusammenarbeit mit anderen Verantwortungsbereichen zu realisieren. Das geschieht in Leipzig über verschiedene themenbezogene Arbeitskreise.

Ein ganz wesentliches Arbeitsfeld, das unmittelbar den Lebensbereich von Kindern, Jugendlichen, jungen Menschen und Familien tangiert, sind Prozesse und Entscheidungen im Zusammenhang mit Stadtentwicklung. Hier hat sich in Leipzig in den letzten Jahren eine neue Qualität der ämter- und verwaltungsübergreifenden Zusammenarbeit entwickelt, die alle relevanten Ebenen – Verwaltung, freie Träger, Quartier – umfasst und damit einem ressortübergreifenden, ganzheitlichen und aktivierenden Ansatz der Stadtentwicklung gerecht wird.

Netzwerkarbeit für Wohnquartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf

In Leipzig gab es verschiedene Gremien, die integrierte Stadtentwicklungsansätze verfolgten und lokale Partner miteinander vernetzten. Die Gremien arbeiteten jeweils aus einer lokalen Sichtweise heraus. Es fehlte an einer Institution, die sich mit gesamtstädtischen Belangen befasst und den Zusammenhang von „gebauter“ und „gelebter“ Stadt als zentrale Aufgabe vernetzt. Im Frühjahr 2002 wurde der Beirat für integrierte Stadtteilentwicklung durch Beschluss des Stadtrates gegründet. Mit diesem Beirat besteht die Möglichkeit, sozial- und stadtentwicklungspolitische Kompetenz zusammenzuführen, die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen beiden Feldern auszuloten und im Interesse einer sozialverträglichen und familienfreundlichen Stadtentwicklung einzusetzen.

Beirat für integrierte Stadtteilentwicklung

Der Beirat für integrierte Stadtteilentwicklung bildet sich aus je einem Vertreter der politischen Fraktionen, einem Vertreter für das

Jugend- und Sozialamt, Regierungspräsidium, IHK, Handwerkskammer, Arbeitsamt, den Leipziger Wohnungsbaugesellschaften, dem Sprecherrat der Bürgervereine, Vertretern freier Träger, wissenschaftlichen Institutionen, dem Netzwerk gegen Arbeitslosigkeit, Vertreter der lokalen Stadtteilforen als auch den Vorsitzenden der jeweiligen Stadtbezirksbeiräte. Den Vorsitz des Beirates hat der Dezernent für Stadtentwicklung und Bau, sein Stellvertreter ist der Dezernent für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule.

Arbeitsinhalte des Beirates für integrierte Stadtteilentwicklung

- Bestimmung der inhaltlichen Ziele
- Festlegung auf gemeinsame Projekte
- Bestmögliche Nutzung der Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten.

Was kann der Beirat für integrierte Stadtteilentwicklung leisten?

Aufgabe des Beirates für integrierte Stadtteilentwicklung ist es,

- soziale, ökonomische und baulich-räumliche Entwicklungsprozesse in den Stadtteilen in ihren Zusammenhängen zu erläutern und daraus Handlungsbedarf abzuleiten
- Lösungen für Probleme der integrierten Stadtteilentwicklung zu diskutieren, mit denen die lokale Ebene bisher allein umgehen musste, obwohl sie in allen Stadtteilen auftreten und einer generellen Lösung bedürfen
- aus der lokalen Perspektive heraus Anforderungen an die Stadtentwicklungspolitik des Bundes und vor allem der EU zu formulieren und die zielgerichtete Akquisition weiterer Fördermittel vorzubereiten.“

(Aus der Geschäftsordnung des Beirates)

Der Beirat für integrierte Stadtteilentwicklung berät den Oberbürgermeister und den Stadtrat bei Richtungsentscheidungen hinsichtlich der Entwicklung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf, bevor in den zuständigen Gremien Beschlüsse gefasst werden.

Die Arbeitsfähigkeit des Beirates wird durch eine **Geschäftsstelle** gewährleistet, die die Beiratssitzungen vor- und nachbereitet, die Arbeit in den raum- und themenbezogenen Projektgruppen unterstützt und Diskussionsstände für die Beiratssitzungen aufbereitet. Auch die Zusammensetzung der Geschäftsstelle ist ein Beispiel für integrierte Zusammenarbeit. Das Jugendamt, das Sozialamt als Vertreter des Sozialbereiches und das Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbau aus dem

Planungsbereich sind ständige Mitglieder der Geschäftsstelle.

Aktuell richtet sich die Arbeit des Beirates für integrierte Stadtteilentwicklung vorerst an den städtebaulichen Entwicklungsgebieten erster Priorität aus:

- Leipzig- Grünau,
- Leipziger Westen und
- Leipziger Osten.

In den Fördergebieten arbeiten **Stadtteilforen** als Beteiligungsgremien, die Vertreter in den Beirat für integrierte Stadtteilentwicklung entsenden. Durch diese Beteiligung findet die inhaltliche Diskussion und Schwerpunktsetzung in den Quartieren Eingang in die Entscheidung des Beirates. Und die Rückkopplung in die jeweiligen Stadtteilforen ist garantiert.

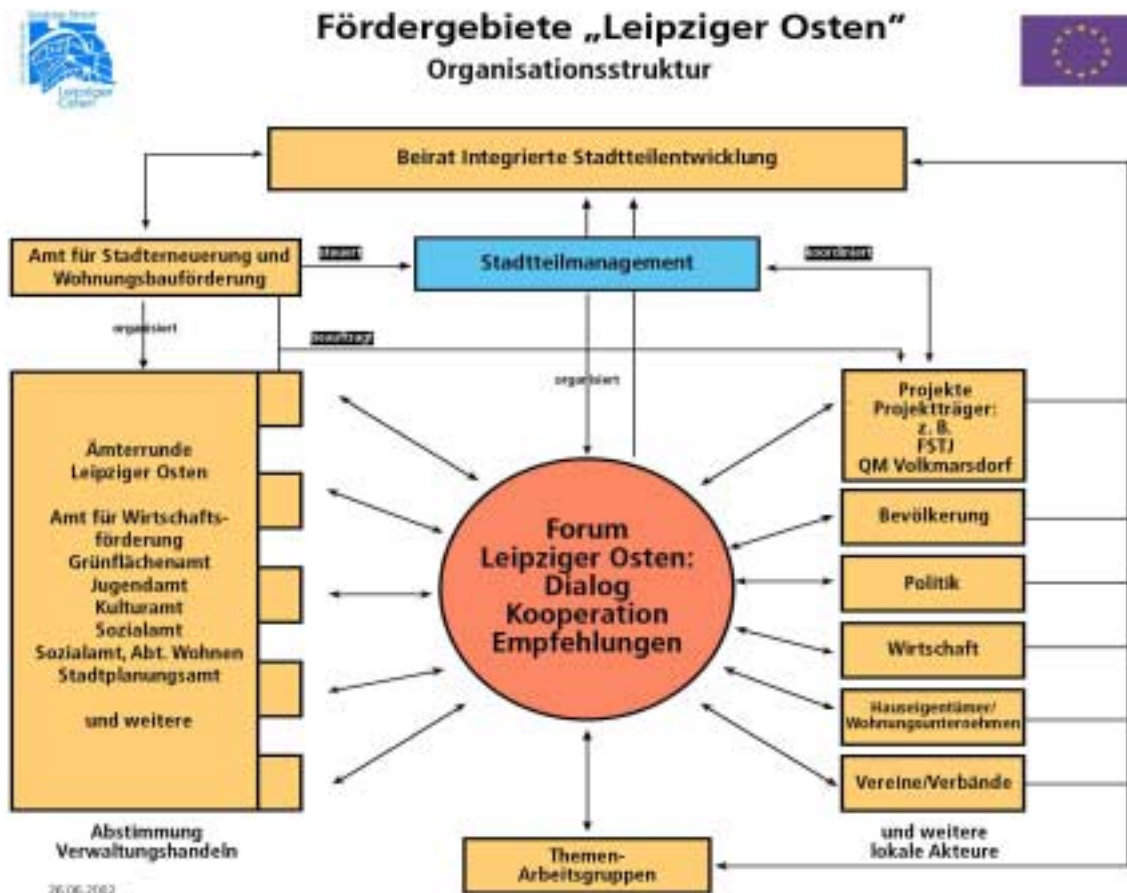
Förderschwerpunkt Leipziger Osten

Im Leipziger Osten konzentrieren sich soziale, ökonomische und städtebauliche Problemlagen, die zu einem erheblichen Entwicklungsrückstand gegenüber der Gesamtstadt führen. Aber es existieren ebenso eine Vielzahl von Handlungsansätzen, Projekten und Projektideen unterschiedlicher Akteure, die es im Sinne einer integrierten Stadtteilentwicklung gilt aufzugreifen.

Vorhandene Netzwerke

Im Auftrag des Sozialamtes, gefördert durch das Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbau, wurden im Rahmen des Projektes „Neue Methoden präventiver Sozialberatung“ **sozial-räumliche Analysen** zum Fördergebiet „Soziale Stadt“ durchgeführt, die gleichzeitig eine **Netzwerkanalyse** für diesen Stadtraum beinhaltete (Stand 02/2001):

- Einige der aufgezeigten Netzwerke bestanden schon vor Festsetzung des Gebietes als Fördergebiet „Soziale Stadt“. Inhalt der Arbeit sind die Belange bestimmter Zielgruppen: Kinder und Jugendliche des Stadtteiles, psychisch Kranke und die Bewohnerschaft.
- Mit Festschreibung des Bund- Länder-Programmes für den Leipziger Osten wurden neue Netzwerke ins Leben gerufen, um dazu beizutragen, zielgruppenübergreifend eine Verbesserung der Lebensqualität im Quartier zu erreichen. Zielrichtung ist, Projekte zu entwickeln und umzusetzen, die insgesamt bestehende Problemlagen mildern, beseitigen oder verhindern.
- Im Rahmen der Untersuchung wurde festgestellt, dass vor dem Programm „Soziale Stadt“ hauptsächlich Netzwerke existierten, die sich bestimmten Zielgruppen



widmeten. Die im Rahmen des Programmes „Soziale Stadt“ initiierten neuen Netzwerke richteten ihren Blick zielgruppenübergreifend auf die gesamte Bevölkerung des Leipziger Ostens.

Das **Forum „Leipziger Osten“** hält die Verbindung zu fast allen ansässigen Netzwerken und kann als ein **zentrales Bindeglied** bezeichnet werden. Wie auch die Foren in den anderen Schwerpunktgebieten, dient das Forum „Leipziger Osten“ **als breite Kommunikationsplattform für die Prozesse der Entwicklung des Stadtteiles** und gliedert sich zur spezifischen Bearbeitung spezieller Themen in verschiedene Themenarbeitsgruppen, in die sich die zahlreichen Akteure aus dem Stadtteil einbringen.

Aktivierung der Bevölkerung

Quartiermanagement als wichtiges Instrument der Stadtteilentwicklung zur Aktivierung der Bewohnerschaft eines Quartiers wird momentan in vier Gebieten der Stadt Leipzig gefördert:

- In Volkmarsdorf/Teilgebiet „Soziale Stadt“ hat sich die vom Quartiermanagement initiierte Bürgerbeteiligung von einer anfangs sehr breiten allgemeinen Beteiligung über thematisch offene Bürgerforen hin zu themenspezifischer Einbeziehung interessierter Projektteilnehmer gewandelt. Insgesamt wird eingeschätzt, dass **eine stärkere Aktivierung** notwendig ist, damit sich die BürgerInnen für ihr Quartier einsetzen. In Anbetracht der schwierigen sozialen Situation gestaltete sich das bisher schwierig. Nutzbar für diesen Prozess sind vorhandene Träger und Initiativen, bestehende Netzwerke, in die das Quartiermanagement integriert ist.
- Das Quartiermanagement im Leipziger Osten ist grundsätzlich ein wichtiger Akteur. Auf der Ebene des gesamten Fördergebietes stellen das „Forum Leipziger Osten“ sowie seine Themengruppen die wichtigsten Beteiligungs-, Kommunikations- und Netzwerkmöglichkeiten dar. Gesteuert wird der gesamte Prozess durch ein vom Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung eingesetztes **Stadtteilmanagement**, bestehend aus einer Mitarbeiterin des Amtes, quasi als Gebietsbeauftragte, und einem externen Büro.

Vernetzung von FSTJ und Quartiermanagement

Zu den dargestellten Beziehungen zwischen einzelnen Netzwerken bestehen darüber hinaus auch **projektorientiert direkte Kontakte zwischen einzelnen Trägern, Stadtteil- und Quartiermanagement**. Ein Träger, der zur Umsetzung eines seiner Projekte geradezu auf Vernetzung im Stadtteil angewiesen ist, ist Arbeit und Leben BWZ GmbH, der im Stadtteil für das Projekt FSTJ verantwortlich ist. Wie das FSTJ, ist auch das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ ein sozialräumlich orientierter Ansatz, um sozialen Ausgrenzungsprozessen entgegenzuwirken. Deswegen bietet sich eine Zusammenarbeit förmlich an und wird im Interesse vielfältiger Synergien genutzt.

Der Träger des FSTJ fand im Leipziger Osten **auf Grund bestehender Netzwerke gute Bedingungen** für sein Projekt vor. Der Träger hat durch engagierte Arbeit die Rahmenbedingungen zielgerichtet für das Projekt genutzt. So wurden unmittelbar mit Einführung des FSTJ Kontakte zu den im Leipziger Osten vorhandenen Arbeitskreisen oder das Forum Ost aufgebaut. Hier wird regelmäßig über den Projektstand informiert und es können Kontakte geknüpft werden. Darüber hinaus werden Einzelkontakte gesucht, um direkt gemeinsame Kooperationen anzusprechen oder in den jeweilig anderen Einrichtungen das Projekt potentiellen Projektteilnehmern vorzustellen.

Insgesamt ist das Projekt FSTJ fest verankert im Gebiet „Soziale Stadt“ und findet zuverlässige Partner im Stadtteil. Gemeinsam mit dem Quartiermanagement wurde z.B. ein Projekt im Rahmen von Brachflächengestaltung mit Jugendlichen in Angriff genommen. Da zu Beginn des Projektes Räumlichkeiten fehlten, wurde das Bürgerbüro des Quartiermanagements zunächst als Anlaufstelle für interessierte Jugendliche genutzt.

Die Wirkungsmöglichkeit des Quartiermanagements ist aufgrund der Stadtteilbezogenheit räumlich begrenzt. Insgesamt beeinflusst das jedoch die notwendige Vernetzung und Kooperation des FSTJ mit anderen Trägern und Angeboten im Stadtteil nicht negativ. Durch das Stadtteilmanagement ist eine übergreifende Kommunikations-Plattform sicher gestellt. Eine Aufgabe ist es, Querbezüge zwischen einzelnen Projekten herzustellen und unterstützend für das FSTJ über die eigenen Aktivitäten des Trägers hinaus wirksam zu sein.

Die enge Verzahnung des FSTJ-Angebotes im Rahmen von E&C mit dem Stadtentwicklungsprogramm ermöglicht den unmittelbaren Einfluss von Kinder- und Jugendhilfe auf den Prozess der Stadtentwicklung. Hier ist insgesamt eine Bewusstseinsentwicklung zu erkennen, die sich in neuen Qualitäten der Zusammenarbeit auch innerhalb der Verwaltung verdeutlicht. Dass sich damit Arbeitsaufgaben der Jugendhilfeplanung zielgerichtet und wesentlich stärker als bisher auf diesen Prozess ausrichten, versteht sich von selbst.

Ausblick

Die verstärkte Ausrichtung unserer kommunalen Jugendhilfeplanung auf den Sozialraum und die Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen, jungen Menschen und Familien erhält durch die aufgezeigte Entwicklung wesentlich breitere Gestaltungsmöglichkeiten. Vorhandene Netzwerke bieten insgesamt ein Podium für die Interessen der Jugendhilfe und ermöglichen ein Umsteuern der kommunalen Kinder- und Jugendhilferessourcen auf sozialraumbezogene strukturelle Leistungen im Interesse der Verbesserung der Lebenswelten unserer Zielgruppen – das ist unsere Zielrichtung.

Kontakt:

Stadt Leipzig
Jugendamt, Jugendhilfeplanung
Petra Scheplitz
Naumburger Straße 26, 04 229 Leipzig
Telefon 0341/123-4481

Erfahrungsaustausch - Workshop 1 –

Praxisbeispiel aus Leipzig

Die Stadt Leipzig hat mit der Gründung des Beirates für integrierte Stadtteilentwicklung eine neue Qualität der kommunalen Vernetzung geschaffen. Dieser ressortübergreifende Ansatz, soziale, ökonomische und städtebauliche Kompetenzen an einen „Runden Tisch“ für Entscheidungen der Stadtentwicklung auf oberster Ebene zusammen zu bringen, besitzt über die Grenzen von Sachsen hinaus Vorzeichencharakter. Der Ansatz der integrierten Zusammenarbeit verschiedener Handlungsfelder setzt sich auch auf der Stadtteilebene fort. Das Leipziger Beispiel zeigt, dass Projekte der Jugendsozialarbeit, wie das FSTJ, von diesen guten Rahmenbedingungen profitieren können.

Um das FSTJ-Projekt im Stadtteil bekannt zu machen und um Akteure für das Vorhaben gewinnen zu können, konnte der Projektträger auf ein vorhandenes institutionalisiertes Netzwerk mit dem Forum Leipziger Osten, den Themen-Arbeitsgruppen und dem übergeordneten Stadtteilmanagement zurückgreifen. Das spart viel Zeit und ermöglicht ein effizientes Arbeiten und Umsetzen.

Die sozialen Brennpunkte des E&C Programms sind identisch mit den Gebieten, die in der Bund-Ländervereinbarung „Soziale Stadt“ ausgewählt wurden. Dadurch wird eine Verknüpfung von Städtebauförderung und sozialräumlich orientierter Jugendhilfe hergestellt. Wie sich diese Verzahnung organisatorisch erreichen lässt und welche Synergieeffekte sich innerhalb der Stadt ergeben können, zeigt das Beispiel der Stadt Leipzig.

In der anschließenden Diskussion mit den TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe wurde deutlich, dass die Vernetzung von sozialen und städtebaulichen Akteuren nicht in allen E&C-Projektgebieten so gut funktioniert wie in Leipzig. Die Kooperationsbeziehungen sind in der Regel lockerer geknüpft und stärker ressortbezogen.

Länderforum

Im Länderforum stellten sich eine Vertreterin aus dem Innenministerium und ein Vertreter aus dem Sozialministerium den zahlreichen Fragen der Workshop-TeilnehmerInnen. Die Nachfragen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Welche Möglichkeiten gibt es, Jugendprojekte über Soziale Stadt – Mittel zu finanzieren?
- Welche Fördermöglichkeiten gibt es überhaupt, soziale Projekte zu fördern?
- Wie geht es weiter, wenn die Soziale Stadt – Förderung ausläuft?
- Was verbirgt sich hinter dem Förderprogramm „KuQ“, Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen, des Bundesfamilienministeriums?
- Welche Informationsmedien gibt es, Informationen zu Fördermöglichkeiten und bestehende Netzwerke im Rahmen von Sozialer Stadt und E&C abzurufen?

Das FSTJ – Netzwerk in Potsdam

Neue Wege in der Berufsvorbereitung benachteiligter Jugendlicher

Seit dem 1. Oktober 2000 ist das Qualifizierungsbüro „J@M – Jobs and more“ Anlaufstelle für Jugendliche, die trotz sozialer Probleme in ihrer bisherigen Biografie den Einstieg in die Berufswelt schaffen wollen. Viele Jugendliche haben in ihrer Schullaufbahn und in ihrem sozialen Umfeld bereits Brüche und Instabilitäten erlebt, die bislang eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt verhindert haben. Ihre Lebensläufe sind oft geprägt von Drogen- und Gewalterfahrungen und fehlendem Halt in der Familie. Der Ausstieg aus Schule und Ausbildung war oft vorprogrammiert und nachfolgende Angebote der Jugendhilfe oder des Arbeitsamtes konnten die Jugendlichen nicht mehr erreichen.

Der Wunsch, diesen Teufelskreis zu durchbrechen, ist Anknüpfungspunkt für die Sozialberaterinnen im Projektbüro. Eigene Ideen und Vorstellungen des Jugendlichen von der Lebens- und Arbeitswelt werden ernst genommen und die individuellen Stärken des Einzelnen entdeckt.

Das Projektziel des Qualifizierungsbüros ist es, mit jährlich 25 PotsdamerInnen im Alter zwischen 16 bis 27 Jahren, die sich in schwierigen Lebenslagen befinden, individuelle Berufsperspektiven beim Übergang von der Schule ins Berufsleben zu entwickeln.

Arbeit vor Ort in einem sozialen Brennpunkt

Das Stadtteilbüro von J@M arbeitet direkt im räumlichen Zentrum zu den beiden Stadtteilen Stern und Drewitz.

Die Stadtteile Stern und Drewitz wurden im Rahmen des Städtebauprogramms „ Soziale Stadt als ein sozialer Brennpunkt in Potsdam benannt. Die Stadtteile sind gekennzeichnet durch eine schlechte infrastrukturelle Ausstattung, durch wenige offene Jugendfreizeiteinrichtungen und ein Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für junge Menschen. Laut Sozialgutachten weisen die Stadtteile eine erhöhte sozial selektive Mobilität auf. Jüngere ökonomisch aufstrebende Familien verlassen das Gebiet, während einkommenschwächere Haushalte zuwandern. Laut Studie liegt in beiden Stadtteilen der Anteil von Personen, die Sozialleistungen empfangen und der Anteil an Erwerbsfähigen, die von

Arbeitslosigkeit betroffen sind, sehr deutlich über dem Durchschnitt der Stadt Potsdam.

Kooperationspartner im FSTJ

An der Umsetzung der Qualifizierungsmaßnahme „Freiwilliges Soziales Trainingsjahr“ (FSTJ) sind in Potsdam beteiligt:

- BBJ Potsdam als Träger der Maßnahme
- Arbeitsamt
- Sozialamt
- Jugendamt
- Regionaler Arbeitskreis Stern/Drewitz.

Programmpartner:

Arbeitsamt und Jugendamt

Sowohl das Arbeitsamt als auch das Jugendamt hatten sich bereit erklärt, als Programmpartner zur Verfügung zu stehen. Während der Vorlaufphase, die über das Arbeitsamt finanziert wurde, konnten Jugendliche akquiriert und das Projekt in erster Linie im Stadtteil bekannt gemacht werden.

Die plötzliche Rücknahme der kommunalen Beteiligung durch das Jugendamt erschwerte den weiteren Planungsablauf bzw. hätte die Umsetzung des FSTJ in Potsdam verhindert. Die Übernahme des kommunalen Anteils durch das Sozialamt Potsdam verhinderte den Abbruch des FSTJ. Das Projekt konnte einen Monat später als geplant starten. Die Zusammenarbeit wurde in einer Trägervereinbarung vertraglich fixiert und beinhaltet das Ziel, die Wiedereingliederung arbeitsloser SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt.

Die **SozialhilfeempfängerInnen als Zielgruppe** des FSTJ rückten in den Mittelpunkt. Dies führte zu einer Überarbeitung des pädagogischen Konzepts, das unter anderem eine Aufstockung der Personalstelle nach sich zog.

Neuer Programmpartner: Sozialamt

Seit 1995 bestehen gute Kooperationsbeziehungen zwischen anderen BBJ Jugendprojekten und dem Sozialamt Potsdam, die den Beginn der Zusammenarbeit positiv beeinflussten und die „Kennlernphase“ verkürzten.

Von den insgesamt 66 Jugendlichen, die das FSTJ durchlaufen oder bereits beendet haben, sind 37 ehemalige SozialhilfeempfängerInnen TeilnehmerInnen bzw. AbsolventInnen des Projektes. Die nachgewiesenen Einsparungen für die Kommune sind ein Erfolgskriterium für die Weiterfinanzierung des 3. Modelljahres durch das Sozialamt Potsdam.

Der Bedarf an einem niedrigschwelligen Angebot für Potsdamer Jugendliche in schwierigen Lebenslagen wurde durch das

Arbeitsamt Potsdam von Anfang an bestätigt. Dem formalen Einverständnis zum Träger BBJ als Umsetzer des FSTJ und zum eingereichten Konzept, erfolgte die vertragliche Vereinbarung zwischen dem Arbeitsamt Potsdam und der BBJ Servis GmbH.

weitere Kooperationen, wie zum Beispiel mit der Familienhilfe. Das gemeinsame Ziel ist, den Jugendlichen so zu stärken, dass er das Projekt nicht abbricht, an seiner beruflichen Perspektive arbeitet und vor allem sich selbst eine Chance gibt.

Finanzierungspartnerschaften

- Mit einem 70%igen Anteil finanziert die Bundesanstalt für Arbeit den größten Teil des Modellprojektes.
- Aus Mitteln der Modell-BBE werden die Regiekosten des Projektes gedeckt.
- Zwei Drittel des Taschengeldes bzw. die Aufwandspauschale der TeilnehmerInnen werden durch den Anspruch auf Berufsausbildungsbeihilfe durch die Bundesanstalt gedeckt.
- Das Bundesjugendministerium finanziert aus den Mitteln des Kinder- und Jugendplans und des Europäischen Sozialfonds zu einem Drittel Taschengeld, Aufwandspauschale und die darauf zu entrichtenden Sozialversicherungsbeiträge der TeilnehmerInnen.
- Ein 10%iger Anteil der Kommune ist durch das Sozialamt Potsdam abgesichert. Seit dem 1.10.2000 erfolgt auf Grundlage eines entsprechenden Zuwendungsbescheides die Finanzierung der Qualifizierung der Jugendlichen. Die Investitionen des Projektes wurden ebenfalls vom Sozialamt Potsdam übernommen.

Beratungsgespräche mit den Jugendlichen als Kommunikationsplattform

Der Einstieg der Jugendlichen in das Projekt erfolgt offiziell durch die Registrierung in der Berufsberatung. Der Beratung geht ein Check-up des Jugendlichen durch den zugewiesenen Maßnahmebetreuer voraus. An diesen „Check up“ – Gesprächen nimmt neben dem interessierten Jugendlichen und dem Berufsberater auch ein Vertreter des Projekts teil. Diese Gespräche entwickelten sich zu einer Kommunikationsplattform, die die Berufsberatung und das Projekt nutzen, um auch pädagogische Ansätze und Beratungsphilosophien zu diskutieren und Verständnis für die jeweilige Arbeitsweise zu entwickeln. Eine weitere Möglichkeit der Abstimmung erfolgt bei Bedarf in „Fallkonferenzen“, an denen auch das Sozialamt Potsdam teilnimmt. Gemeinsam wird die „Eignung“ für das FSTJ-Projekt geklärt oder andere mögliche Perspektiven des Jugendlichen diskutiert.

Je nach individuellem Bedarf des Jugendlichen, ergeben sich im Verlauf des FSTJ

Kooperation mit dem Regionalarbeitskreis

Die Zusammenarbeit mit dem Regionalen Arbeitskreis Stern/Drewitz (RAK) war von Anfang an wichtiger Bestandteil, um das Projekt im Stadtteil bekannt zu machen und um den Kontakt zu interessierten Jugendlichen herzustellen. Mitglieder des RAK sind weitere Träger der Jugendhilfe, die Schulsozialarbeiter im Stadtteil, Jugendfreizeiteinrichtungen und die Kindergärten.

Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, wie die Planung und Umsetzung der Stadteilstefeste, die Erarbeitung des Jugendhilfeplans und das Wahrnehmen von bedarfsgerechten internen Weiterbildungsangeboten sind Bestandteil der Zusammenarbeit.

Öffentlichkeitsarbeit mit den Kooperationspartnern:

- Eröffnung des FSTJ-Büros mit allen Kooperationspartnern der Kommune und insbesondere mit den lokalen Akteuren des Stadtteils Stern/ Drewitz
- Pressetermine werden gemeinsam mit dem Arbeitsamt durchgeführt
- Veröffentlichungen, wie die FSTJ Zeitung, beinhalten Beiträge vom Sozial- und Arbeitsamt Potsdam
- Gemeinsame Durchführung der Veranstaltung „Dank an die Unternehmen“, in der das Engagement der Einsatzorte und deren Beitrag zur beruflichen Zukunft von Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen gewürdigt wird
- Das Planen und Umsetzen von Stadteilstefesten mit allen lokalen Akteuren
- Im Auftrag des Jugendamtes Potsdam gibt der BBJ Jugendbereich seit 1999 jährlich das „Handbuch für junge Potsdamer“ heraus, das Tipps zu Berufsausbildung, Arbeit und Beratung gibt

Was kommt nach dem FSTJ?

Gemeinsam mit dem Maßnahmebetreuer der Berufsberatung werden individuelle Gespräche über mögliche Anschlussperspektiven geführt. In den Gesprächen formulieren die Jugendlichen ihre beruflichen Ziele und können sich über mögliche berufliche Perspektiven beraten lassen. Egal ob der Übergang in eine Ausbildung, in eine Tätigkeit oder

in die Schule führt, die Sozialberaterinnen begleiten die Jugendlichen in den Übergang und sind danach für drei Monate weiterhin Ansprechpartnerinnen für sie.

Insbesondere der Übergang in eine betriebliche Ausbildung stellt für den Jugendlichen eine große Herausforderung dar. Im Rahmen der engen Kooperation mit dem BBJ Projekt BATMAN (begleitete betriebliche Ausbildung für benachteiligte Jugendliche) ist ein lückenloser Übergang der Jugendlichen aus dem Freiwilligen Sozialen Trainingsjahr in betriebliche Ausbildung vorgesehen.

Gerade die konstante pädagogische Begleitung soll den Übergang und damit die Umstellung auf die neuen Anforderungen an den Jugendlichen in Betrieb und Schule sichern.

Angebote des Qualifizierungsbüros

▪ **Maßgeschneiderte Förderung**

Individuelle Erstellung, Weiterentwicklung und Controlling eines Qualifizierungs- und Berufswegeplans; Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Praktika; individuelle Begleitangebote der Sozialberaterinnen; Gruppenangebote, z.B. themenorientierte Gruppentreffen, Paddeltouren, Theaterbesuche

▪ **Praktika in Klein- und Mittelunternehmen und sozialen Einrichtungen**

Ein bis mehrere Praktika in potenziellen Ausbildungsbetrieben werden sozialpädagogisch begleitet, z.B. regelmäßige Entwicklungsgespräche mit dem Jugendlichen und dem Einsatzort, Klärung von Konflikten in der Einsatzstelle

▪ **Qualifizierungsbausteine**

Orientierungswoche „Fit für das Praktikum“, Bewerbungstrainings, Assessment-Verfahren, Computerschulungen; regelmäßiger Stützunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; individuelle Qualifizierungen im Verbund mit anderen Bildungs- und Qualifizierungsträgern der Stadt und dem europäischen Ausland (z.B. Kreativkurse, Kurse für den Gabelstaplerschein, Erste-Hilfe-Kurse, Sprachkurse und betriebliche Praktika im Ausland); Beteiligung an Stadtteilstesten

Ausblick

Die Entwicklung und Erprobung von Modellen, die neue Wege in der Jugendberufshilfe gehen, ist ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit des Jugendbereichs.

Wir sehen das FSTJ als Chance, unseren pädagogischen Ansatz einzubringen. Das bedeutet:

- Raum für individuelle und besondere Wünsche der Jugendlichen schaffen
- Viel Betrieblichkeit, wenig Werkstatt
- Das Ausprobieren in geschützten und nicht geschützten Kurzpraktika bis hin zu langfristigen Praktika in ausbildungsberreiten Unternehmen bereitet auf die Arbeitswelt vor
- Große Berufswahlpalette
- 12 Monate im Jahr ist das Projekt aufnahmebereit (bei freier Platzkapazität)
- Jugendliche, die ihren Qualifizierungsplan selbst gestalten
- Eine positive Gruppendynamik entsteht „aus freien Stücken“
- Ganz viel Selbstsuche der Jugendlichen
- Auslandserfahrungen, die den Horizont erweitern.

Die Erfahrungen des Projektes "J@M" zeigen, dass Jugendliche mit ungünstigen Voraussetzungen und in schwierigen Lebenslagen sich sehr wohl den Herausforderungen des Lernens und des Arbeitens stellen.

Gerade die gesammelten Arbeitserfahrungen auf dem ersten Arbeitsmarkt ermöglichen den Jugendlichen den Zugang zu fachspezifischen Kenntnissen und Fertigkeiten und fördern das Erlangen und Festigen sozialer Kompetenzen.

In der Flexibilität und Individualität des Förderangebotes liegt die Chance, den Jugendlichen zu erreichen und ihn für die berufliche Zukunft zu motivieren. Die erzielten Erfolge der Vermittlung in Anschlussperspektiven der Jugendlichen, das sind 50% bis 60 %, sprechen für sich.

Kontakt:

BBJ Servis GmbH Potsdam
Agnes Lemme
Benzstraße 11-12, 14 482 Potsdam
Telefon 0331/7477-142

Erfahrungsaustausch

- Workshop 2 -

Kooperation – ein Gewinn für alle Beteiligten

In den Ausführungen wurde deutlich herausgearbeitet, dass Netzwerkarbeit in diesem Feld der Sozialen Arbeit nicht nur notwendige Grundlage professionellen Handelns darstellt, sondern auf unterschiedlichsten Ebenen zu realisieren ist.

Zur Umsetzung der Projektidee [j@m](#) musste beispielsweise auf der Finanzierungsebene

eine enge Kooperation zwischen dem Arbeitsamt, dem Bereich Soziales der Stadt Potsdam, den E&C-Mitteln und dem Projektträger erarbeitet werden, die in einer Trägervereinbarung zur Projektförderung im Jahr 2000 mündete. Hier wurde deutlich, dass eine professionelle Netzwerkarbeit als wesentlicher Erfolgsfaktor einer gemeinsamen Zielklärung bedarf. Um ein gemeinsames Ziel der beteiligten Netzwerk- bzw. Kooperationspartner heraus zu arbeiten, muss in diesem Kontext die jeweilige institutionelle Motivation und die daraus ableitbaren Erfolgskriterien kommuniziert werden. In diesem frühen Abstimmungsprozess muss im Sinne von Mitgestaltung jeder Netzwerkakteur partizipativ eingebunden sein. Die Gestaltung des Mitspracherechts und das Kommunizieren eines jeweiligen Nutzens im Sinne eines erfolgreichen Gewinns ist hierbei eine zentrale Aufgabe der Netzwerkarbeiterin des Projektträgers.

Netzwerk – offensive Gehstruktur

Zur Akquisition der angestrebten Zielgruppe ist der Aufbau eines weiteren Netzwerkes notwendig. Auch hierbei geht der Träger in eine offensive Gehstruktur. Im konkreten Beispiel wurde ein bestehendes Netzwerk, der lokal agierende Regionalarbeitskreis mit unterschiedlichen institutionellen Akteuren zur Zielgruppe Jugend, kontaktiert und eine aktive Mitarbeit entwickelt. Auch hier war das Herausarbeiten eines gemeinsamen Nutzens für die Beteiligten wesentlich.

Nehmen und Geben

Das erfolgreiche Finden geeigneter Praktikumsorte stellt sich als eine weitere Ebene der vielschichtigen Netzwerkarbeit dar. Auch hierbei ist der Erfolg von der professionellen Kommunikationsfähigkeit der Projektleiterin abhängig. Das Verdeutlichen des Gewinns für die sich beteiligenden Unternehmen und die gleichzeitig dargestellte Projektidee, durch den individuell ressourcenorientierten Ansatz, den einzelnen Jugendlichen Entwicklungsmöglichkeiten und neue Chancen zu ermöglichen, ist eine zentrale Herausforderung an dieser Schnittstelle zum Arbeitsmarkt. Kooperation bedeutet ein abgestimmtes und transparentes Nehmen und Geben.

Ziele abstimmen - Mut zum Experimentieren

In der anschließenden Diskussion der Workshop-TeilnehmerInnen wurde nochmals betont, dass die gemeinsame und frühzeitige Abstimmung aller beteiligten Netzwerkpartner

eine wesentliche Startvoraussetzung für ein erfolgreiches Gelingen darstellt. Dies bedeutet auch, dass Netzwerkpartner im Idealfall aus freier Initiative ohne Zwang partizipieren.

Zugleich wurde auch verdeutlicht, dass die Fachleute, die durch ihre aktive und persönliche Einbindung ein Netzwerk erst zum lebendigen Wirken gestalten, teilweise von der eigenen Institution divergierende Zielstellungen verfolgen. Dies kann zu einer deutlichen Frustration der Beteiligten führen. Gleichzeitig besteht aber auch die Chance, im Wissen um die eigenen institutionellen oder auch noch darüber hinaus bestehenden strukturellen und/oder politischen Hindernisse, die eigene Beteiligung aktiv zu gestalten und für die Partizipation eigenverantwortlich einzustehen.

Netzwerkpartner müssen sich bewusst werden, dass sie über den Aufbau einer solchen Kooperationsstruktur eine gemeinsame Netzwerkkultur entwickeln, in welche die jeweiligen Institutionskulturen aber auch Loyalitätsanforderung mit hinein spielen, im gleichzeitigen Wissen, dass – bei einem systemischen Verständnis – dies wiederum Wechselwirkungen und damit Veränderungseinfluss auf die eigene Institution haben wird.

Netzwerkarbeit bedeutet somit immer ein Verlassen der eigenen und ausschließlich selbstbestimmten Wege. Das Einlassen auf einen gemeinsamen Abstimmungsprozess bedeutet Mut zum Experimentieren und stellt für die beteiligten professionellen Akteure eine Chance auf Entwicklung dar.

Das FSTJ als Netzwerkprojekt in Neubrandenburg

Das FSTJ in Neubrandenburg

In Neubrandenburg startete das erste FSTJ-Projekt im August 2000 mit 25 Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren. Die Jugendlichen galten als passiv und beratungsunwillig. Viele von ihnen hatten keinen Schulabschluss und große Probleme, wie Schulden, Delinquenz, Drogen oder in Bezug auf ihre Wohnungssituation. Sie galten als demotiviert und hatten bereits beachtliche „Maßnahmekarrieren“ hinter sich.

Zielgruppe des FSTJ in Neubrandenburg

- Schulverweigerer
- Abbrecher aus arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen
- Ausländische Jugendliche und junge Aussiedler mit Defiziten
- Benachteiligte Jugendliche
- Schulabbrecher, die nicht mehr der Vollzeitschulpflicht unterliegen
- Jugendliche ohne Berufsabschluss
- Straßenkinder und andere nicht erfasste Jugendliche

Das FSTJ richtet sich an Jugendliche, die sich angebotenen Beratungen und Hilfen bislang entzogen haben. Benachteiligte Jugendliche und im besonderen Schulabbrechern, die nicht mehr der Vollzeitschulpflicht unterliegen und nach der Schule keiner Ausbildung oder Beschäftigung nachgehen, sowie Jugendliche ohne Berufsabschluss sollen durch individuelle Beratungsangebote in die Lage versetzt werden, die vorhandene Möglichkeit des FSTJ gezielt zu nutzen, um für sich eine neue berufliche Perspektive zu entwickeln.

Angebote im FSTJ in Neubrandenburg

Die Teilnehmenden ...

- arbeiten in gemeinnützigen Initiativen
- sammeln Arbeitserfahrungen in Betrieben
- trainieren soziale und berufliche Schlüsselqualifikationen
- werden für Qualifizierungen motiviert, die von den Jugendlichen hoch bewertet werden und auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind

Das Beratungs- und Begleitungsangebot soll die Lücke zwischen Schule und Arbeitswelt ausfüllen helfen. Ansatzpunkte sind Seminare

und Einzelfallhilfen zur Berufsorientierung, deren Ziel es ist, die Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensplanung zum Thema zu machen. Während der Dauer des FSTJ finden 25 Seminartage statt. In den Seminaren sollen Berufswünsche entwickelt und diskutiert werden in Bezug auf die eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten und über die Erfahrungen des Einsatzes in den Betrieben bzw. Vereinen.

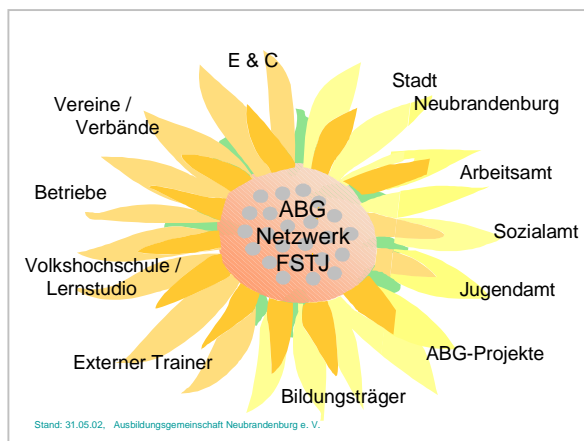
Kooperationen über das FSTJ-Projekt

Träger des FSTJ-Projektes ist die Ausbildungsgemeinschaft Neubrandenburg e.V. (ABG). Die ABG widmet sich im großem Umfang der Erstausbildung von Jugendlichen in der Benachteiligtenförderung und um alternative Formen der beruflichen Erstausbildung (Sonderprogramme).

Sonderprogramme

Auf der Grundlage des vom Bund und den neuen Ländern vereinbarten Sonderprogrammen fördern die EU, der Bund und das Land Mecklenburg – Vorpommern seit 1996 zusätzliche Ausbildungsplätze in betriebsnahen Kapazitäten und in schulischer Vollausbildung. Die ABG realisiert seit 1996 die Ausbildungsprogramme für den Bereich betriebsnaher Ausbildung im Auftrag der Industrie- und Handelskammer zu Neubrandenburg. Im Rahmen dieser Aufgabe erfolgt die Auswahl und Einstellung der Auszubildenden sowie die technisch-organisatorische und finanzielle Abwicklung des Programms.

Im Rahmen des FSTJ-Projektes arbeitet die ABG mit zahlreichen Akteuren aus Neubrandenburg zusammen, wie das nachfolgende Schaubild verdeutlicht.



Arbeitsort für die Jugendlichen ist die Stadt Neubrandenburg. Mit der Stadtverwaltung werden Einsatzstellen und Projektarbeit koordiniert und organisiert, z.B. im Stadtarchiv, im Sportamt oder bei den Stadtwerken. In Koope-

ration werden Veranstaltungen durchgeführt und eine breite Öffentlichkeitsarbeit betrieben.

Zum Finanzierungs-Netzwerk gehören das Sozialamt und das Arbeitsamt, die eng mit der ABG zusammenarbeiten. Das Sozialamt unterstützt die ABG nicht nur bei der Finanzierung des FSTJ, sondern beteiligt sich auch bei der Gewinnung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Über die Volkshochschule und das Lernstudio können die ProjektteilnehmerInnen ihren Schulabschluss nachholen, sich weitere Qualifikationen erarbeiten, z.B. im Rhetorik-Kurs oder Förder- und Stützunterricht erhalten.

Kooperationen mit 44 Betrieben

Angebote	Arbeitsfelder
Berufsorientierung	Sanierung, Baugewerbe
Arbeitserprobung	Grünanlagen
Praktika	Büro, Medien, Werbung
Qualifizierung	Pflegedienst, Hauswirtschaft
Besichtigungen	Fahrrad/KFZ, Kurierdienst
	Hausmeister
	Kinderbetreuung
	Gastronomie, Hotel
	Verkauf, Lager
	Tierpflege, Tierarzt
	Computer,
	Versicherung
	Kosmetik, Friseur

Betriebe, in denen die TeilnehmerInnen entsprechend ihrer Interessen eingesetzt werden können, werden in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des lokalen Qualifizierungsbüros (LQB) gesucht. Insgesamt arbeitet die ABG mit 44 Betrieben in der Region Neubrandenburg zusammen. Die Jugendlichen werden nach Absprache mit dem jeweiligen Betrieb integriert. Der Einsatzort richtet sich nach den Wünschen der Teilnehmenden. Praxisfelder sind unter anderem

- Kindergärten,
- Handwerksbetriebe
- Dienstleistungsunternehmen,
- Vereine und Verbände.

In Praktika erhalten die Jugendlichen die Chance, soziale wie auch berufliche Schlüsselqualifikationen zu entwickeln und berufspraktische Erfahrungen zu sammeln.

Kooperationen mit 24 Vereinen und Verbänden

Was ?	Wie?
Teilnehnergewinnung	Veranstaltungen, mobile Jugendarbeit
Öffentlichkeitsarbeit	Präsentationen, Veranstaltungen
Berufsorientierung, Praktika, Arbeitserprobung	Sanierung, Medienwerkstatt, Grünanlagen, Spielanlagen, Sportanlagen, Jugendclub, Tierheim, Diakonie, Radio, Büro
Qualifizierung	Videoworkshop, Internet

Darüber hinaus können die Jugendlichen in gemeinnützigen Initiativen der Stadt Neubrandenburg arbeiten. Aktionen sind z.B. Ausbesserung von Sportanlagen, Entrümpelung von Garagen und Wohnungen, Spielplatzpflege, Erntehilfe, Umzugshilfe, Reparaturarbeiten (Fahrräder), Wegebau, Abrissarbeiten, Malerarbeiten und die Mitwirkung bei der Erstellung von Internetseiten eines Sportvereines.

Externe Trainer bieten Bewerbungs-, Kommunikations- und Telefontrainings an. Im Rahmen des Outdoor-Trainings werden z.B. Kanutouren mit den Jugendlichen organisiert und durchgeführt.

Die Jugendlichen sind an allen Planungs- und Arbeitsschritten beteiligt. Darüber soll sich für den Jugendlichen eine zunehmende Identifikation mit dem Projekt und dem Stadtteil entwickeln. In dieser Phase ist der „direkte Draht“ zwischen den Projektmitarbeitern und den Mitarbeitern in den Einsatzstellen sehr wichtig. So können Problem- und Konfliktsituationen schnell erkannt und gelöst werden.

Vernetzungsvorteil: Erfahrungshintergrund des Trägers

Die Ausbildungsgemeinschaft Industrie, Handel und Handwerk Neubrandenburg e.V. (ABG) wurde im August 1990 gegründet. Mitglieder der ABG sind die Industrie- und Handelskammer zu Neubrandenburg und die Handwerkskammer Ostmecklenburg – Vorpommern. Seit Oktober 1993 ist die ABG anerkannter Träger der freien Jugendhilfe der Stadt Neubrandenburg und Mitglied in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften:

- Bundesarbeitsgemeinschaft regional-örtlicher Träger,
- Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit und
- Arbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit der Stadt Neubrandenburg.

Seit 1994 engagiert sich die ABG auch in der Jugendsozialarbeit. Zur Zeit bietet die ABG dreizehn Jugendprojekte an.

Projekte der Jugendsozialarbeit der ABG Neubrandenburg

- | | |
|--|-------------------------|
| ■ FSTJ | ■ Take off |
| ■ Tandem Müritzk | ■ Internet-Jobbörse |
| ■ Tandem Demmin | ■ ANIKA |
| ■ RAZ – Ran an die Zukunft | ■ Tandem Neubrandenburg |
| ■ Kompaß | ■ Echolot |
| ■ Lichtblicke | ■ Haff-Lotse |
| ■ Betriebliche Arbeitserprobung Kompaß & RAZ | |

Weiterhin sichert die ABG die pädagogische und sozialpädagogische Betreuung der Jugendlichen und ist behilflich bei der Lösung auftretender Probleme. Die enge Kooperation mit den ausgewählten Unternehmen der Region sowie die Organisation von Stützunterricht, überbetrieblichen Lehrunterweisungen und Prüfungsvorbereitungen gehören ebenfalls zur Umsetzung dieses Programms.

Zur Zeit befinden sich ca. 1.600 Lehrlinge in der Ausbildung im Rahmen der vier bisher gestarteten Sonderprogramme. Ab 01. Oktober 2002 werden ca. 480 Jugendliche einen Ausbildungsplatz bei der ABG beginnen.

Ausblick

Das Qualifizierungsbüro Neubrandenburger Altstadt hat sich zu einer festen und bekannten Größe der Stadt Neubrandenburg entwickelt. Es besteht eine sehr intensive und zufriedenstellende Zusammenarbeit mit den Ämtern und anderen Einrichtungen der Stadt. Die Kooperationspartner haben sich bereitwillig auf die etwas „schwierigen Jugendlichen“ eingelassen. In Zusammenarbeit mit den Projektmitarbeitern ist es gelungen, viele Jugendliche wieder an das „normale“ Leben (ob privat oder beruflich) heranzuführen.

Kontakt:

ABG Neubrandenburg e.V.
Maik Rabe, Anke Schlüter
Feldstraße 3, 17 033 Neubrandenburg
Telefon 0395/5581-294

Erfahrungsaustausch

- Workshop 3 -

Zunächst wurde das Projekt des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres durch die Ausbildungsgemeinschaft Neubrandenburg e.V. in Kooperation mit dem Sozialamt und der Arbeitsverwaltung sowie seine Entwicklung und Umsetzung differenziert vorgestellt. Mit der Moderatorin der Arbeitsgruppe wurde das Projekt in Hinblick auf seine notwendige kommunale Verankerung und Beförderung analysiert. Dabei wurden folgende Fragestellungen diskutiert und reflektiert:

- Wer hat vor Ort den Impuls bzw. die Initiative zu diesem Projekt gegeben?
- Was ist notwendig, um Vernetzung zu verstetigen?
- Gibt es vor Ort in Hinblick auf das Bundesmodellprojekt E&C ein vorläufiges Fazit bzw. ein Resümee?

In Neubrandenburg kam die Initiative primär von dem Freien Träger. Er brachte Personal- und Finanzressourcen sowie das inhaltliche Angebot ein. Allerdings konnte dies nur in Zusammenarbeit mit der örtlichen Arbeitsverwaltung auch optimal umgesetzt werden. Eine bereits vorhandene Koordinierungsstelle für Städte und Landkreise war sehr hilfreich, um auf vorhandene Kompetenzen aufzubauen und weitere notwendige Kontakte zu erschließen. VertreterInnen aus Politik und anderen Verwaltungsbereichen haben kaum eine Rolle gespielt.

Das Mindestmaß für eine kontinuierliche Arbeit ist die Formulierung klarer gemeinsamer Zielsetzungen. Je konkreter die Ziele und Teilziele benannt werden, um so leichter sind die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Transparenz der Finanzströme muss für alle Beteiligten gewährleistet sein und ebenso ist die stetige "Kontaktpflege" zu allen Beteiligten und Verantwortlichen unerlässlich. Wenn es gelingt, sowohl für die Akteure als auch für die AdressatInnen einen "Gebrauchswert" zu schaffen, bleiben Motivation und Engagement mittel- und langfristig erhalten. Auf dieser Basis kann zielgerichtet zusammen gearbeitet werden und Konkurrenzen zwischen Trägern und Verwaltungen bauen sich ab. Es entsteht ein gegenseitiges "Geben und Nehmen", das allen Beteiligten zu Gute kommt.

In einer vorläufigen Bewertung bietet das E&C Programm für seine Akteure Spielräume zum Experimentieren. Das wird sowohl von der Jugendhilfe als auch der Verwaltung als positiv erlebt. Insbesondere beim Programmschwerpunkt FSTJ wird der relativ aufwändige, rechnergestützte Dokumentationsaufwand für die Arbeit bemängelt.

In Hinblick auf die Verzahnung der beiden Programme Soziale Stadt und E&C hätten sich die Teilnehmenden der Arbeitsgruppe gewünscht, dass

- weitere Ministerien aktiv beteiligt wären
- der Zusammenhang zwischen "Sozialer Stadt" und "E&C" besser herausgearbeitet wird und
- mehr Klarheit und Konkretes zum Anliegen des "E&C" besteht.

Damit würden überhöhte Erwartungen an das Programm "Soziale Stadt" vermieden.

Resümee

Die dritte Regionalkonferenz Ost war von zwei verschiedenen Diskussions- und Erfahrungssträngen geprägt:

- Notwendige Rahmenbedingungen zur kommunalen Netzwerkarbeit für maßgeschneiderte Angebote junger benachteiligter Menschen und
- der Erfahrungsaustausch sowie Informationsmöglichkeiten zwischen kommunalen Akteuren im E&C und VertreterInnen aus den beteiligten Länderministerien.

Die theoretischen Impulse zu den Rahmenbedingungen, Möglichkeiten und Grenzen von Netzwerkarbeit sowie der Voraussetzung von kommunaler Netzwerkarbeit, um benachteiligte junge Menschen in ihren Entwicklungschancen zu fördern, eröffneten quasi einen Maximalkatalog an Handlungsschritten, Zielsetzungen und Standards.

Die vorgestellten Praxisbeispiele machten deutlich, dass vielerorts recht unterschiedlich angelegte Netzwerke implementiert werden. Diese sind in Bezug auf ihre Zielstellung und Verstetigung ihrer Arbeit aber häufig nicht ausreichend "ausgestattet", um langfristig und nachhaltig arbeiten und wirken zu können.

Die Länderforen am Nachmittag kamen dem starken Interesse lokaler Akteure aus den verschiedensten Bereichen nach Austausch mit VertreterInnen der jeweiligen Länderministerien entgegen. Die Diskussionen waren rege und das Informationsbedürfnis auf Seiten der kommunalen Akteure sehr groß. Gleichwohl muss man konstatieren, dass nicht alle Bundesländer MinisterialvertreterInnen entsandt haben. Die Länderforen werden auch in den zukünftigen Regionalkonferenzen stattfinden. Die Vorbereitung der Länderforen in Form von Länderwerkstätten soll zukünftig eine stärkere personale Verbindlichkeit gewährleisten.

Programm

3. Regionalkonferenz Ost – Netzwerkarbeit - 20. Juni 2002 in Halle

Veranstalter: ISS Jena, Landesbüro Thüringen / Sachsen-Anhalt
Ort: Hotel Magistralen Carreé in Halle-Neustadt

Donnerstag, den 20. Juni 2002

- 9.30 Anreise und Stehkafee
- 10.00 **Begrüßung und Einführung in die Tagung**
Annegret Zacharias, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.,
Landesbüro Thüringen/Sachsen-Anhalt, Jena (ISS Jena)
Rainer Schwarz, Regiestelle E&C der Stiftung SPI, Berlin
- 10.30 **Rahmenbedingungen, Möglichkeiten und Grenzen von Netzwerkarbeit**
Nadine Förster, Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V., ism e.V.
- 11.00 **Soziale Arbeit und notwendige kommunale Vernetzung**
■ **Das Beispiel „Arbeitsgruppe Soziale Stadt“ in Bautzen**
Hubertus Klaus, Amt für Bildung und Soziales, Stadt Bautzen
Wolfgang Zettwitz, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Bautzen

■ **Das Beispiel „Netzwerk Halle-Neustadt“ (mit Exkursion)**
Dorothee Fischer / André Gödecke, Villa Jüling, Halle
- 13.00 Mittagspause im Veranstaltungshotel
- 13.45 **Kommunale Netzwerke als Voraussetzung zur Förderung der
Entwicklungschancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten**
Prof. Titus Simon, Fachhochschule Magdeburg
- 14.30 Workshops
**Kommunale Praxisbeispiele und notwendige Kooperation mit der
Landesebene**

Workshop 1 - Sachsen und Thüringen
■ **FSTJ und Quartiermanagement – Aufbau von Netzwerken**
Petra Scheplitz, Stadt Leipzig
VertreterInnen der Länderministerien

Workshop 2 - Berlin und Brandenburg
■ **BBJ Qualifizierungsbüro „job and more“ – als Kooperationsprojekt
von Sozial- und Arbeitsamt**
Agnes Lemme, BBJ Servis GmbH Potsdam
VertreterInnen der Länderministerien

Workshop 3 - Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt
■ **Das FSTJ als Netzwerkprojekt**
Maik Rabe/Anke Schlüter, Ausbildungsgemeinschaft Neubrandenburg e.V.
VertreterInnen der Länderministerien

Kaffeepause individuell in den Arbeitsgruppen
- 16.30 **Schlussplenum**
- 17.00 Ende der Veranstaltung

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 3.Regionalkonferenz-Ost am 20. Juni 2002 in Halle

Name	Institution	Anschrift	Telefon
Andres, Stefan-Peter	Stadtplanungsamt Weimar	Schwanseeestr. 17 99423 Weimar	03643 / 462-265
Baensch, Torsten	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg	Steinstr. 104-106 14480 Potsdam	0331 / 866-3932
Bergmann, Bärbel	Jugendberufshilfe Thüringen e. V., Beratungsstelle Nordhausen	Gerhardt-Hauptmann-Str. 6 99734 Nordhausen	03631 / 4659355
Bestmann, Stefan	Praxisberatung, Fortbildung und Forschung im sozialen Bereich	Am Weihenhorst 4 10318 Berlin	030 / 6271501
Boek, Torsten	Paritätisches Jugendwerk Sachsen-Anhalt	Halberstädter Str. 168-172 39112 Magdeburg	0391 / 6293520
Bradna, Monika	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt	Am Stockborn 5-7 60439 Frankfurt	069 / 95789-159
Deckart, Christian	Stadt Halle/Saale Amt für Kinder, Jugend und Familie	Schopenhauerstr. 4 06114 Halle	0345 / 221-0
Dr. Dietze, Wolfgang	Staatliches Schulamt Halle	Ankerstr. 3 b 06108 Halle	0345 / 2116-113
Espich, Tobias	Quartiermanagement Kleinzschocher	Dieskaustraße 50 04229 Leipzig	0341 / 4204673
Feldmann, Kathrin	Stadtkontor GmbH, Potsdam	Schornteinfegergasse 3 14482 Potsdam	0331 / 7435714
Fischer, Dorothee	Villa Jüling, Halle	Semmelweisstr. 6 06120 Halle	0345 / 5511699
Förster, Nadine	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. (ism e.V.)	Augustinerstr. 64-66 55116 Mainz	06131 / 7 328488

Frinken, Matthias	Plankontor GmbH	Präsidentenstr. 21 16816 Neuruppin	03391 / 458180
Fritsch, Andreas	AWO Kreisverband Halle e. V.	Trakehner Str. 20 06124 Halle	0345 / 6783747
Gödecke, André	Villa Jüling, Halle	Semmelweisstr. 6 06120 Halle	0345 / 5511699
Görlach, Claudia	Quartiermanagement Dresden-Prohlis	Bertzdorfer Str. 16 01239 Dresden	0351 / 2727216
Dr. Haas, Winfried	AK Integriertes Wohnen Leipzig	Meisenweg 39 04451 Panitzsch	034291 / 20169
Haensch, Solveig	Stadt Leipzig Jugendamt	Naumburger Str. 26 04229 Leipzig	0341 / 123-4641
Hahn, Martin	LAG KJS Thüringen e. V.	Regierungsstr. 44a 99084 Erfurt	0361 / 5660896
Hahn, Petra	Landkreis Prignitz, Jugendamt	Havelberger Str. 30 16928 Pritzwalk	03395 / 300631
Härtel, Uli	Landratsamt Löbau – Zittau Jugendamt / Sozialplanung	Georgewitzer Str. 58 02708 Löbau	03585 / 441620
Hebes, Marina	Stadtverwaltung Wittenberge	August-Bebel-Str. 10 19322 Wittenberge	03877 / 951241
Heißner, Harald	Starthilfe Sondershausen e. V.	Gartenstraße 13d 99706 Sondershausen	03632 / 544611
Hoffmann, Giesela	IB Verbund BZ Dresden	Sachsenstr. 23 02730 Ebersbach	03586 / 369723
Hofmann, Bärbel	Bürgerbüro „Die soziale Stadt“	Leipziger Str. 3 09113 Chemnitz	0371 / 3350520
Hutter, Sandra	Stadtteilbüro Gera-Bieblach	Hermann-Helmholtz-Str. 6 07552 Gera	0365 / 5517804
Illert, Annett	Bürgerbüro „Die soziale Stadt“	Leipziger Str. 3 09113 Chemnitz	0371 / 3350520

Juhaff, Karin	Stadtverwaltung Potsdam	Hegelallee 6-8 14461 Potsdam	0331 / 289 3226
Juntke,	FSTJ Stendal, IB	Adolph-Menzel-Str. 10 39576 Stendal	03931 / 490549
Kill, Wolfgang	Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie	Albertstr. 10 01097 Dresden	0351 / 5645803
Klaus, Hubertus	Stadt Bautzen Amt für Bildung und Soziales	Fleischmarkt 1 02625 Bautzen	03591 / 534 500
Knauß, Eva-Maria	Landesamt für Soziales und Familie Thüringen, Landesjugendamt	Linderbacher Weg 30 99099 Erfurt	0361 / 3788-402
Koch, Martina	Starthilfe Sondershausen e. V.	Gartenstraße 13d 99706 Sondershausen	03632 / 544611
Kolb, Anita	Jugendamt Jena	Gerbergasse 18 07743 Jena	03641 / 492735
Krack, Andreas	Arbeit und Leben	Am Kinderdorf 2 06214 Halle	0345 / 6874333
Kramer, Bianca	Stadtteilbüro IWGS Zwickau	Kolpingstr. 22 08058 Zwickau	0375 / 390250
Kraushaar, Eva	DRK – LV Sachsen e. V.	Kaitzer-Str. 2 01069 Dresden	0351 / 4678142
Kröner, Steffen	SPI, Soziale Stadt u. Land, Entwicklungsgesellschaft	Soltauer Str. 14 06126 Halle	0345 / 6801347
Lemme, Agnes	BBJ Servis GmbH Potsdam	Benzstr. 11-12 14482 Potsdam	0331 / 7477-142
Lukas, P.	Stadt Halle Clearingstelle – Jugendamt	Bodestr. 1 06122 Halle	0345 / 8040243
Lummitsch, Uwe	Erneuerungsgesellschaft Wolfen-Nord	Grünstraße 19-21 06766 Wolfen	03494 / 22690
May, Andrea	Bürgerbüro „Die soziale Stadt“	Leipziger Str. 2 09113 Chemnitz	0371 / 3350520

Merkel, Ina	Stadtteilbüro IWGS Zwickau	Kolpingstr. 22 08058 Zwickau	0375 / 390250
Michael, Ines	Sächsisches Staatsministerium des Innern	Wilhelm-Buck-Str. 4 01097 Dresden	0351 / 5643546
Michael, Peter	Bezirksamt Treptow-Köpenick	Freiheit 16 15555 Berlin	030 / 6584-3330
Müller, Eva	Stadtverwaltung Glauchau	Markt 1 08371 Glauchau	03763 / 65411
Müller, Rita	BBJ Servis GmbH Potsdam	Benzstr. 11-12 14482 Potsdam	0331 / 7477-139
Nase, Elke	Landkreis Uecker-Randow Fachbereich Jugend, Kultur und Bildung	An der Kürassierkaserne 9 17309 Pasewalk	03973 / 255125
Neuber, Ulrike	Stadtplanungsamt Halle	Hansering 15 06110 Halle	0345 / 2216273
Paulicks, Eckhard	Landkreis Uecker-Randow Fachbereich Jugend, Kultur und Bildung	An der Kürassierkaserne 9 17309 Pasewalk	03973 / 255146
Plass, Horst	Landesamt für Soziales und Familie Thüringen, Landesjugendamt	Linderbacher Weg 30 99099 Erfurt	0361 / 3788410
Pohl, Anja	CJD Perleberg	Elsternweg 15 19322 Wittenberge	03877 / 563122
Rabe, Maik	ABG Neubrandenburg e. V.	Feldstr. 3 17033 Neubrandenburg	0395 / 5581-294
Rätzel, Peter	Institut für Stadtentwicklung und Wohnen	Müllroser Chaussee 48 15236 Frankfurt / Oder	0335 / 5602715
Reuter, Angelika	Orientierungshaus IB	Ludwig-Wucherer-Str. 63 06108 Halle	0345 / 5301490
Riesling-Schärfe, Dr. Heike.	Stiftung SPI, Regiestelle E & C	Nazarethkirchstraße 51 13347 Berlin	030 / 4579860
Rogel, Tatjana	Jugendamt Görlitz	H.-Keller-Str. 14 02826 Görlitz	03581 / 672402

Rohrbeck, Cornelia	Landkreis Wittenberg Jugendamt	Dessauer Str. 13 – Haus 5 06886 Wittenberg	03491 / 454414
Roloff, Anke	Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt	Judenstr. 31 06667 Weißenfels	
Ruffert, Sabine	Stadtverwaltung Neuruppin FG Schule und Jugend	Karl-Liebknecht-Str. 33/34 16816 Neuruppin	03391 / 355691
Sauerbrei, Steffi	Stadtteilbüro Gera-Bieblach	Hermann-Helmholtz-Str. 6 07552 Gera	0365 / 5517804
Schammer, Brigitte	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin	Württembergische Straße 6 10707 Berlin	030 / 9012-3220
Scheplitz, Petra	Stadt Leipzig, Jugendamt Jugendhilfeplanung	Naumburger Str. 26 04229 Leipzig	0341 / 123-4481
Schlüter, Anke	ABG Neubrandenburg e. V.	Feldstr. 3 17033 Neubrandenburg	0395 / 5581-294
Schneider, Roland	Landkreis Wittenberg Jugendamt	Dessauer Str. 13 – Haus 5 06886 Wittenberg	03491 / 4544
Schnittger, Angela	ISS-Landesbüro Thüringen / Sachsen- Anhalt	Thomas-Mann-Str. 13a 07743 Jena	03641 / 421847
Schoensee, Andreas	Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales Sachsen- Anhalt	Turmschanzenstr. 25 39114 Magdeburg	0391 / 5674054
Schwarz, Cornelia	Arbeitsamt Halle	Neustädter Passage 6 06122 Halle	0345 / 5249-180
Schwarz, Rainer	Stiftung SPI, Regiestelle E & C	Nazarethkirchstraße 51 13347 Berlin	030 / 45798627
Simon, Prof. Titus	Fachhochschule Magdeburg	Breitscheidstr. 2 / Haus 1 39114 Magdeburg	0391 / 8864276
Specht, Jörg Peter	Landesamt für Versorgung und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, Landesjugendamt	06108 Halle	0345 / 6912-402

Stolp, Anette	Stadt Chemnitz Amt für Jugend und Familie	Bahnhofstr. 53 09106 Chemnitz	0371 / 4885153
Walter, Hartmut	Koordinierungsstelle „Gewaltprävention“	Steigerstr. 24 99096 Erfurt	0361 / 379 3273
Weiske, Uwe	Stadt Halle	Marktplatz 1 06108 Halle	0345 / 221-0
Wehner, Gerlinde	Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit	Werner-Seelenb.-Str. 6 99096 Erfurt	0361 / 3798-445
Wolf, Heidrun	Landratsamt Löbau – Zittau Jugendamt / Sozialplanung	Georgewitzer Str. 58 02708 Löbau	03585 / 441620
Zacharias, Annegret	ISS-Landesbüro Thüringen / Sachsen- Anhalt	Thomas-Mann-Str. 13a 07743 Jena	03641 / 421847
Zettwitz, Wolfgang	Stadt Bautzen Amt für Stadtentwicklung und Statistik	Fleischmarkt 1 02625 Bautzen	03591 / 534 490